

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en



Bundeskonzferenz 2010 Niemand vergessen – wachsam gegen Rechts

Die Bundeskonferenz der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en fand am 27. November 2010 im historisch bedeutsamen Ambiente des Bruno-Kreisky-Saales im Renner-Institut statt.

Grundsätzliches

Bundesvorsitzender NR a. D. Ernst Nedwed fasste in seinen grundsätzlichen Aussagen die gegenwärtigen Aufgaben des Bundes der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen mit den Worten zusammen: „Niemand vergessen – wachsam bleiben gegen rechts“. Das heißt, dass es heute gilt, das größte Verbrechen der Menschheitsgeschichte, den Faschismus, in allen seinen Facetten der menschenverachtenden Diktatur eines Führerstaates, mit seinem Rassenwahn sowie mit dem Nationalismus eines selbsternannten Herrenvolkes und vor allem mit seiner Vernichtungspolitik gegen Juden, Roma und Sinti, nicht der Vergessenheit einer Gegenwartsgesellschaft anheimfallen zu lassen.

Vor einer Wende

Wir stehen an einer Wende, sagte Ernst Nedwed in seinem Bericht an die Bundeskonferenz. Immer weniger Zeitzeugen der Verbrechen des Nazifaschismus und der überlebenden Opfer des Holocaust sind heute noch unter uns. Deshalb ist es wichtig, dass in den vergangenen Jahrzehnten eine wissenschaftliche Aufarbei-

tung erfolgt ist: vor allem von den Opferverbänden mit ihren Zeitzeugen sowie von den wissenschaftlichen Institutionen wie zum Beispiel dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes und den Universitätsinstituten für Zeitgeschichte. In den letzten Jahren haben auch der Nationalfonds für die Opfer des Nationalsozialismus, der unter der Ägide des österreichischen Nationalrates arbeitet, das Mauthausen Komitee und das vom Innenministerium ins Leben gerufene „Mauthausen Memorial“ wertvolle Arbeit in der Einbeziehung junger Menschen geleistet. Vor kurzem hat

sich eine Vernetzungsplattform der Lagergemeinschaften gebildet, die mit Historikern und Angehörigen der Opfer eine weitere intensive Aufarbeitung beabsichtigt.

Die letzten Zeitzeugen

Nunmehr zeigt sich, dass es heute vor allem die überlebenden Kinder und Jugendlichen aus der NS-Zeit sind, die ihre Geschichte in Konzentrationslagern oder im Widerstand aufarbeiten. Das ist wichtig, denn mit ihnen stehen die letzten Zeugen aus dieser „Zeit ohne Gnade“ zur Verfügung. Denn in der Anknüpfung an die Jugend von heute sind

die Jugendlichen von damals für eine glaubwürdige Vermittlung der Zeitgeschichte von großer Bedeutung.

Zielgruppe Jugend

Im Mittelpunkt muss also die Jugend von heute stehen, denn es bestehen Gefahren, dass rechts-extreme Gruppen heute vielfach das historische Unwissen nützen, um Nazi- und Hitlerkult sowie Antisemitismus und Rassenhass wieder in Szene zu setzen.

Begrüßung Alfred Ströers

Vor Beginn der Konferenz begrüßten die Delegierten den Ehrenvorsitzenden der Freiheits-



Otto-Bauer-Plakette für Werner Faymann und Gratulation zum 90. Geburtstag von Alfred Ströer

kämpfer, Prof. Alfred Ströer, der in diesen Tagen seinen 90. Geburtstag feierte, mit einer Ovation. Ernst Nedwed sagte, dass wir auch „auf seiner jahrelangen Arbeit aufbauen und heute stolz sein können, auf die Erfolge, die wir nun zu verzeichnen haben“.

Begrüßung der Gäste

Zu Beginn der Konferenz konnten einige Gäste aus befreundeten Organisationen begrüßt werden: zunächst die Gastgeberin, Dr. Barbara Rosenberg, die stellvertretende Direktorin des Renner-Instituts und neuerdings auch Bundesbildungssekretärin. Weiters der Vertreter des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, Min.-Rat Dr. Kurt Wegscheidler, der Vorsitzende des KZ-Verbandes, Albert Dlabaja, der Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Hannes Bauer und Prof. Heinz Weiss, Generalsekretär der Gesellschaft Österreichischer Kinderdörfer. Als Ehrengast begrüßte Ernst Nedwed die Ravensbrück-Überlebende Käthe Sasso.

Barbara Rosenberg betonte in ihrer Begrüßung die inhaltliche Zusammenarbeit und Kooperation mit den Freiheitskämpfern. Sie berichtete, dass nach den Jahren der „technischen Inhalte“ nun wieder vermehrt das Interesse an historischen Themen steigt. Jungwähler haben bei der letzten Wiener Wahl zu 46 Prozent die SPÖ gewählt, das ist ein interessantes und positives Ergebnis. Die Begrüßungsrede von Dr. Kurt Wegscheidler bringen wir an einer anderen Stelle.

Blecha zur Ära Kreisky

Nach einem Totengedenken, bei dem eine Reihe von Funktionären stellvertretend für viele verstorbene Mitglieder genannt wurde, kam ein alter Freund und Spitzenmandatar der Sozialdemokratie, Bundesminister a. D. Karl Blecha, heute Präsident des Pensionistenverbandes, zu Wort. Er sprach im Hinblick auf das kommende Kreisky-Jahr über die „Ära Kreisky und die Gegenwart“. Das heißt, was können wir von Bruno Kreisky heute noch lernen und was ist durch die

Entwicklung überholt? Blecha erinnerte an das Leitmotiv Bruno Kreiskys: Sozialdemokraten sollen in einer Regierung „gestalten und nicht verwalten“. Und er gab einen Überblick über die großen Erfolge in der Bildungspolitik, in der Wirtschaftspolitik sowie in der Gesundheits-, Umwelt-, Forschungspolitik – damals alles neue Themen, die dazu führten, dass die SPÖ-Minderheitsregierung des Jahres 1970 durch eine SPÖ-Alleinregierung im Jahr 1971 abgelöst wurde. Sie konnte bei drei Wahlen bis zum Jahr 1983 eine sozialdemokratische Reformpolitik umsetzen. Karl Blecha verwies auf das kommende Kreisky-Jahr, in dem Gelegenheit sein wird, über die vielfältige Erfolgsgeschichte dieser Zeit zu berichten.

Bericht zum neuen Statut

Ein wichtiger Punkt auf der Tagesordnung war die Reform des Organisationsstatuts, wobei vor allem der Vereinsname geändert wurde, sodass der Bund nunmehr Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus

und aktiver Antifaschist/inn/en heißt. Berichterstatte war Peter Weidner. Weitere Punkte der Statutenreform sind: die Erweiterung des Präsidiums auf fünf StellvertreterInnen, die Erhöhung der Zahl der Bundesvorstandsmitglieder von vierzig auf zweiundvierzig Mitglieder sowie die Verlängerung der Arbeitsperiode von drei auf vier Jahre. Alle Funktionen des Statuts wurden gendergerecht formuliert. Diese Statutenänderung wurde von den Delegierten einstimmig angenommen, sodass bei der nachfolgenden Neuwahl bereits danach vorgegangen werden konnte.

Bericht des Vorsitzenden

In seinem Bericht wies der Bundesvorsitzende auf den umfangreichen schriftlichen Bericht mit den Bundes- und Länderbeiträgen hin, dem zu entnehmen ist, dass in den letzten Jahren eine erfreuliche Weiterentwicklung der Organisation zu verzeichnen ist. Es gibt heute wieder neben den zwei großen Landesverbänden Niederösterreich und Wien aktive Organisationen in

In der Bundeskonferenz vom 27. November 2010 gewählter Bundesvorstand

Vorsitzender: Abg. z. NR a. D. Ing. Ernst NEDWED

Vorsitzender-Stv.: Mag. Beate GOTTHARTSLEITNER, Prof. Mag. Albert KAUFMANN, GR a. D. Harald LUDWIG, Prof. Hannes SCHWANTNER, LABg. a. D. Reg.-R. Herta SLABINA

Finanzreferent: Bezirksvorsteher a. D. Kurt HEINRICH

Finanzreferent-Stv.: LABg. a. D. Hans BROSCHE, Wilhelm WAGNER

Schriftführer: Peter WEIDNER

Schriftführer-Stv.: Peter LHOTZKY, Hilde OBERBICHLER

Beisitzer: Julius AUFRICHTIG, Mag. Klaus BERGMAIER, Christine BEYERKNECHT, Landeshauptmann-Stv.

Mag. David BRENNER, Bürgermeister a. D. Werner BURG, Bezirksrätin Dagmar CASAGRANDE, Prof. Rudolf GELBARD, Abg. z. NR Anton HEINZL, Mag. Thomas HÖPFL, GR a. D. Ernst JARITZ, DI Alfred KOHLBACHER, Heinz KOMMENDA,

Peter Ulrich LEHNER, Amtsf. Stadtrat Dr. Michael LUDWIG, Bezirksvorsteher a. D. Gerhard MACHER, Prof. Dr. Jonny MOSER, Helmut MUIGG, Dr. Gerald NETZL, Martin OPPENAUER, LT-Präs. a. D. Ernst OUTOLNY, Dr. Brigitte PELLAR, Werner PIKALO, Gabriele PUSCH, Prof. Rudolf SARKÖZI, Stefan SCHMID, Mag. Peter SCHWARZ, Gemeinderätin Dr. Susanna STEIGER-MOSER, Abg. z. NR a. D. Prof. Dr. Johann STIPPEL, Marcus STROHMEIER, Hannelore WALLNER

Rechnungsprüfer: Eduard GIFFINGER, Prof. Vinzenz JOBST, Helga MAIER, Mag. Alfred MANSFELD, Alfred ZACH

Ehrenvorsitzender: Abg. z. NR a. D. Prof. Alfred STRÖER (seit 1. 12. 2007)

Ehrenmitglieder: Dr. Franz DANIMANN, Ernst FRÜHAUF, LABg. a. D. Karl GRUBER, Heribert HARING, LT-Präs. a. D. Hans PAWLIK, LABg. a. D. Gertrude SPIESS



fast allen Bundesländern. Wenn auch der Anstoß dazu von ehemaligen Widerstandskämpfern und Holocaustüberlebenden erfolgt ist, sind heute auch jüngere Menschen mit am Werk, die der Organisation eine entsprechende moderne Struktur geben konnten. Unser Bund wird in der Öffentlichkeit mehr gehört und auch in der sozialdemokratischen Bewegung sind wir als eine kleine Organisation ein wichtiger Faktor im Kampf gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus.

Landesverband Salzburg neu

Nedwed begrüßte besonders die Delegierten Alexander Neunerherz und Mario Scheiber vom Landesverband Salzburg, der unter dem Vorsitz von Landeshauptmannstellvertreter David Brenner kürzlich neu konstituiert wurde.

Mit dem vorliegenden Wahlvorschlag ist es gelungen, jüngere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen. Andererseits sind wir sehr daran interessiert, dass die Zeitzeugen weiterhin eine starke Kraft in der Organisation bleiben, solange sie gesundheitlich können. Sie sind die authentischen Bezugspersonen für die jüngeren Mitarbeiter.

Zusammenarbeit wichtig

Unser Bund steht im Bündnis mit vielen anderen Organisationen, so mit dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes und mit der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs, sowie mit einer Reihe von Jugendorganisationen, insbesondere mit der Sozialistischen Jugend, mit der Frauen- und der Bildungsorganisation der SPÖ. Die Vernetzung ist eine wichtige Aufgabe, sowohl zentral als auch in den Bundesländern. Die stellvertretende Direktorin des Renner-Institutes, Barbara Rosenberg, hat schon zu Beginn

der Konferenz darauf hingewiesen, dass die antifaschistische Arbeit ein wichtiges Instrument zur Gewinnung der jungen Menschen ist, deshalb müssen wir vor allem auf diesem Gebiet aktiv bleiben, vor allem im Kampf gegen den Rechtsextremismus, der sich nun in neuen Formen organisiert.

Bericht der Finanzreferentin

Die Finanzreferentin Herta Slabina wies in ihrem Bericht darauf hin, dass wir, so wie viele andere Organisationen auch, nicht die finanziellen Mittel zur Verfügung haben, um alle unsere Ideen in die Praxis umzusetzen, aber dass trotzdem in den vergangenen drei Jahren vieles in Zusammenarbeit aller Kräfte realisiert worden sei. Deshalb dankte sie allen Finanzreferenten und Kassieren der Bundesländer, den Sponsoren und den Mitgliedern, die uns Spenden gegeben haben, für ihre Unterstützung. Ebenso den staatlichen und kommunalen Förderstellen. Vor allem bedankte sie sich dafür, dass voraussichtlich heute ein Beschluss gefasst wird, den Jahresmitgliedsbeitrag von 7 auf 9 Euro zu erhöhen. Das ergibt eine gewisse Erleichterung für die Bundesorganisation und für die Landesverbände.

Für die Rechnungsprüfer berichtete Helga Maier über eine zentrale Kontrolle sowie eine Kontrolle eines Landesverbandes, die beide eine korrekte und gute Führung der Gebarung erbrachten. Sie stellte daher den Antrag auf Entlastung des Bundesvorstandes, der einstimmig angenommen wurde.

Anschließend brachte Andreas Kollross den Bericht des Wahlkomitees, der einen durch einige jüngere Mitglieder erneuerten Bundesvorstand enthielt. Der Wahlvorschlag wurde einer geheimen Abstimmung unterzogen, deren Ergebnis an anderer Stelle wiedergegeben ist.

Grußworte des Parteivorsitzenden

Nach der Mittagspause kam Bundeskanzler Werner Faymann, der zu Beginn der Tagung wegen dringender Budgetverhandlungen nicht erscheinen konnte, in die Bundeskonferenz. In seiner kurzen Rede sagte der Parteivorsitzende u. a.: „Antifaschistische Arbeit darf niemals aufhören. Sie ist eine der Stärken der Sozialdemokratie.“ In diesem Zusammenhang bekräftigte der Parteivorsitzende einmal mehr, wie wichtig es ist, sich klar von rechten und rechtspopulistischen Parteien, wie etwa der FPÖ, abzugrenzen. Vor allem angesichts der wachsenden Armut und steigenden Arbeitslosigkeit in Europa sei es unverzichtbar, sich mit sozialen Fragen auseinanderzusetzen. Die FPÖ reagiert auf die Sorgen der Menschen mit Hass und Hetzparolen. „Dem Widerstand dagegen fühlen wir uns als Sozialdemokraten verpflichtet.“ Werner Faymann drückte seine „tiefste Verbundenheit“ mit den Freiheitskämpfern aus und dankte der Organisation für ihre unermüdliche und konsequente Arbeit. „Die Freiheitskämpfer leisten vor allem für die gesellschaftspolitische Bewusstseinsbildung einen wichtigen Beitrag.“

Otto-Bauer-Plakette für Werner Faymann

Ernst Nedwed dankte Faymann dafür, dass er trotz der Terminknappheit heute zur Bundeskonferenz gekommen ist, und besonders dankte er ihm für seine stete und klare Haltung gegen rechts. Auch die Anerkennung für die Opfer- und Widerstandsorganisationen in Österreich, die er am Nationalfeiertag auf dem Heldenplatz zum Ausdruck gebracht hat, ist ein Zeichen seiner Solidarität mit dem Kampf gegen rechts. Aus diesem Grunde hat das Präsidium beschlossen, Werner

Faymann die Otto-Bauer-Plakette zu verleihen. Diese Verleihung erfolgte nunmehr im Rahmen der Bundeskonferenz durch Ernst Nedwed, gemeinsam mit den Mitgliedern des Präsidiums.

Weitere Ehrungen

Anschließend wurden weitere Otto-Bauer-Plaketten verliehen, wobei Werner Faymann als Parteivorsitzender gratulierte. Es wurden ausgezeichnet: Landtagsabgeordneter a. D. Helmut Edelmayr vom Mauthausen Komitee, Heinz Kommenda, langjähriger Bildungs- und Kulturfunktionär der SPÖ, Präsidentin des Bundesrates a. D. Anna Elisabeth Haselbach und Bezirksgruppenvorsitzender Jürgen Hirsch. Namens der Ausgezeichneten dankten Edelmayr und Kommenda.

Andreas Peham zu Gefahr von rechts

Das letzte Referat auf der Bundeskonferenz hielt der Mitarbeiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes Andreas Peham, der sich mit der neuesten Entwicklung in der rechtsextremen Szene befasste. Die neuen Neonazi und Rechtsextremisten sind nicht so eindeutig wie bisher zu erkennen, man muss sich mit den vielen neuen Facetten ihrer Erscheinungsformen befassen. Außerdem nützen sie seit langer Zeit die Internetplattformen, die vom Ausland aus nach Österreich hineinwirken, für ihre gegen das Verbotsgesetz gerichteten Aktivitäten. Wir werden das Referat in einem geeigneten Medium Interessenten zur Verfügung stellen. Im Übrigen geht auch unsere Resolution über „neonazistische Aktivitäten“ mit seinem Vortrag konform.

Anträge und Resolutionen

Zum Punkt Anträge berichtete Gerhard Macher. Ein Antrag befasste sich mit der Erhöhung

des Jahresmitgliedsbeitrags von 7 auf 9 Euro, ein weiterer mit dem kostenlosen Eintritt in die Gedenkstätte Mauthausen und ein Antrag war der Einsetzung einer Organisationskommission gewidmet. Außerdem wurden zu folgenden Themen Resolutionen beschlossen: gegen Kürzungen bei außeruniversitären Forschungseinrichtungen, gegen finanzielle Bestrafung der Gedenkdienster, für die Rehabilitierung der Opfer des Austrofaschismus und für ein Engagement in der Flüchtlings- und Asylpolitik. Sämtliche Anträge und Resolutionen wurden mit geringfügigen Veränderungen einstimmig angenommen.

Bericht Wahlergebnis

Als Sprecher des Wahlkomitees teilte Dieter Strobel mit, dass sämtliche Vorstandsmitglieder und Rechnungsprüfer gewählt worden sind. Bei fünf Wahlzetteln gab es für zehn Personen je eine Streichung und bei einer Person zwei Streichungen. Der Vorsitzende Ernst Nedwed, der mit nur einer Streichung gewählt wurde, dankte den Delegierten für das Vertrauen und kündigte eine weitere aktive Arbeit auch unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen an.

Dank an die langjährigen Vorstandsmitglieder

Er dankte den aus dem Bundesvorstand ausgeschiedenen Mitgliedern, vor allem den beiden stellvertretenden Vorsitzenden, Gertrude Spieß, die nach einer mehr als zehnjährigen Tätigkeit ihre Funktion als Landesvorsitzende im Burgenland zurücklegen wird, und Karl Gruber, der nach einer zwölfjährigen Tätigkeit als Vorsitzender in Niederösterreich seine Funktion als Landesvorsitzender aus Krankheitsgründen zurücklegen musste. Ebenso hat Franz Danimann, ein Auschwitzüberlebender, aufgrund seiner Krankheit seine Funktion zurückgelegt.

Außerdem dankte Nedwed dem langjährigen Landesvorsitzenden in Kärnten, Hans Pawlik, für seine langjährige Arbeit in einer schwierigen Zeit. Andreas Kollross, Günther Sidl, Heribert Haring und Thomas Hausleitner haben ihre Funktionen zum Teil aus persönlichen oder aus organisatorischen Gründen zurückgelegt. Ihnen allen dankte der Vorsitzende für ihre engagierte Arbeit.

Als Ehrenmitglieder des Bundesvorstandes wurden gewählt: Franz Danimann, Ernst Fröhlich, Karl Gruber, Heribert Haring, Hans Pawlik und Gertrude Spieß.

Begrüßung der neu gewählten Vorstandsmitglieder

Ernst Nedwed begrüßte die neu im Präsidium als Stellvertreter mitarbeitenden Vorstandsmitglieder, das sind Beate Gottschartsleitner aus OÖ und Harald Ludwig (NÖ).

Herta Slabina wechselt von der Funktion der Finanzreferentin in die Funktion der stellvertretenden Vorsitzenden. Deshalb dankte Ernst Nedwed besonders für ihre langjährige Tätigkeit als Finanzreferentin, sie hat besonders in den letzten Jahren unter schwierigsten Umständen die Finanzstruktur des Bundes modernisiert und kann heute ein ausgeglichenes Regelwerk an ihren Nachfolger weitergeben. Zum Abschluss begrüßte der Vorsitzende die dreizehn neu gewählten Vorstandsmitglieder, unter denen es eine verstärkte Frauenriege und eine Gruppe jüngerer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gibt.

Zum Abschluss bedankte er sich bei den Mitarbeiterinnen des Sekretariats für die Vorbereitung und Abwicklung der Bundeskonferenz. Die Konferenz wurde mit dem Lied „Die Internationale“ geschlossen.

Totenehrung:

Bei der Totenehrung gedachte die Bundeskonferenz der Genossinnen und Genossen, die seit dem Jahr 2007 uns für immer verlassen haben.

Stellvertretend für alle ehrte der Bundesvorsitzende folgende Genossinnen und Genossen mit Worten der Erinnerung und des Dankes:

EXENBERGER Herbert
FADERNY Walter
GOLDMANN Eduard
GRAUSAM Leopold
HEINZ Rosa
HENGELMÜLLER Karl
INKRET Fritz
KOLIN Ludwig
MEYER Egon
MUSIK Erna
NEIGER Kurt
PFOCH Hubert
PÜRSCHL Josef
SCHRANZ Edgar
STRASSER Jenny
WUGANIGG Viktor



Begrüßungsrede von Min.-Rat Dr. Kurt Wegscheidler

Vielen Dank für die Einladung zu dieser Bundeskonferenz, zu der ich Ihnen die herzlichen Grüße von Herrn Bundesminister Hundstorfer überbringe, der mich gebeten hat, einige Worte an Sie zu richten. Ich werde mich auf einige Überblickspunkte beschränken und möchte vor allem betonen, wie gut und fruchtbar die Zusammenarbeit mit Ernst Nedwed, Rudi Sarközi und Peter Weidner in der Opferfürsorgekommission ist, wo wir über Berufungen, verschiedene Fondsleistungen, Richtlinien und auch Gesetzesvorschläge beraten. Ich darf nur die letzten Verbesserungen im Rentenrecht, die Erinnerungszuwendung 2008 und die Gedenkveranstaltung erwähnen, die wir gemeinsam mit den anderen Opferverbänden im Sozialministerium organisiert haben.

Für uns ist diese im Opferfürsorgegesetz selbst verankerte Mitwirkung der Freiheitskämpfer und der anderen drei Widerstandskämpfer- und Opferorganisationen am Vollzug und an den Novellierungen des Gesetzes eine jahrzehntelange Tradition, die zum Wesen der Opfer-

fürsorge gehört und mit ihr eng verbunden ist. Diese Mitwirkung der Betroffenen ist damit auch ein gutes Beispiel dafür, was Otto Bauer als funktionelle Demokratie im Unterschied zur politischen Demokratie bezeichnet hat. In „Die österreichische Revolution“ beschreibt er die funktionelle Demokratie dahingehend, „dass die Regierung in jedem einzelnen Zweige ihrer Wirksamkeit im ständigen Einvernehmen mit der organisierten Gesamtheit der nach ihrem Beruf oder ihrer Betriebsstätte, nach ihrer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Funktion von diesem Zweige des Regierens unmittelbar betroffenen Staatsbürger bleibe“. Später ist dann dieses Konzept auch als „Durchflutung aller Lebensbereiche mit Demokratie“ bezeichnet worden.

Genau diesen Vorstellungen wird im Opferfürsorgegesetz seit dem Inkrafttreten im Juli 1945 – es war eines der ersten Gesetze der Zweiten Republik – dadurch entsprochen, dass neben den rechtsstaatlichen Garantien, wie Instanzenzug bis zum Verwaltungs- und Verfassungsgerichtshof, rechtlichem Informations-

recht und rechtlicher Vertretung, auch die Opferverbände durch Sitz und Stimme in der Opferfürsorgekommission und den Rentenkommissionen vertreten sind. Dies hat sich über die Jahre auch in 67 Novellierungen – also durchschnittlich eine pro Jahr – niedergeschlagen. Das OFG war auch Jahrzehnte beispielgebend dafür, dass Lebensgemeinschaften einer Ehe gleichgestellt wurden, sowie hinsichtlich der Beweiserleichterungen im Verfahren. Diese Beweiserleichterung besteht darin, dass kein Nachweis für die Kausalität von Gesundheitsschädigungen gefordert wird – wie etwa bei gerichtlichen Schadenersatzforderungen –, sondern es genügt die Wahrscheinlichkeit eines Zusammenhangs mit der Verfolgung. Für Amtsbescheinigungsinhaber ab 75 Jahren gibt es darüber hinaus eine gesetzliche Vermutung, dass eine verfolgungsbedingte Gesundheitsschädigung vorliegt und damit in jedem Fall ein Anspruch auf eine Opferrente besteht.

Wie ist die aktuelle Situation in der Opferfürsorge? Wie viele Opfer erhalten heute noch Leistungen nach dem Opferfürsorgegesetz?

Bei vergangenen Anlässen habe ich darauf hingewiesen, dass die Anzahl der Rentenbezieher altersbedingt sukzessive abnimmt. In den letzten fünf Jahren haben wir allerdings eine davon abweichende Entwicklung, da es in dieser Zeit keinen tatsächlichen Rückgang gegeben hat. Natürlich hat es altersmäßige Reduktionen gegeben, aber gleichzeitig etwa genauso viele Neuzuerkennungen, sodass die Anzahl im Wesentlichen gleich geblieben ist.

So hat die Zahl der Rentenbezieher etwa im Jahr 1996 2.900

betragen und ist dann jährlich um etwa 100 zurückgegangen. 2005 hat sie etwa zwei Drittel davon betragen: 1.918. Seitdem ist die Zahl im Wesentlichen gleich geblieben – 2006: 1.944, 2007: 1.954, 2008: 1.943, 2009: 1.899, 2010: 1.890 (Juli-Daten).

Vielleicht vermutet jetzt jemand, dass Opfer durch Witwen und Witwer ersetzt wurden: Es gibt heute mehr Opfer (1.221) und weniger Hinterbliebene (669) als 2005 (1.202/716).

Dies wurde einerseits durch die Eröffnung neuer Ansprüche bewirkt, aber auch durch Mehrinformationen über bestehende Ansprüche.

Wie viel fließt den Opfern zu? Jährlich werden rd. 15 Mio. Euro aufgrund des OFG ausbezahlt. Dies bedeutet einen durchschnittlichen OF-Bezug von jährlich dzt. etwa 7.000 Euro.

Seit 1945 wurden insgesamt in der Opferfürsorge über 800 Mio. Euro ausgegeben.

Das sind durchaus beachtliche Zahlen. Wir wissen aber auch alle: Das, was vor der Befreiung vom Nationalsozialismus Menschen angetan wurde, das kann nicht gutgemacht werden. Kein Gesetz kann das vollbringen. Es können nur die Folgen gemildert und dafür gesorgt werden, dass die, die so viel für ein demokratisches Österreich geopfert haben und aus politischen Gründen verfolgt wurden, gesundheitlich unterstützt werden und ihr Lebensunterhalt gesichert wird. Und dass ich und die anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Opferfürsorge im Sozialressort hier einen Beitrag über die Jahre leisten konnten und können, das war uns immer auch ein ganz besonderes persönliches Anliegen.



Rechtsextremismus im Internet

Der SPÖ-Nationalratsabgeordnete Mag. Johann Maier, Mitglied des Vorstands des Landesverbandes Salzburg der Freiheitskämpfer/innen, machte kürzlich in einer Pressekonferenz unter dem Titel „Rechtsextremismus im Internet“ auf die immer stärker werdende Nutzung des Internets durch rechtsextreme Kreise für die Verbreitung ihrer Hassparolen aufmerksam. Er forderte zusätzliche gesetzliche Maßnahmen, diese Aktivitäten, die sich vor allem an Jugendliche richten, zu unterbinden, und brachte in diesem Zusammenhang eine Parlamentarische Anfrage ein.

Rechtsextreme Aktivitäten verlagern sich zunehmend in das Web 2.0, bei deutschsprachigen Websites wurde im Jahr 2009 ein neuer Höchststand dokumentiert. Verbreitet werden über das Web 2.0 rassistische, antisemitische und demokratiefeindliche Botschaften (Propaganda-Plattformen). Neonazis versuchen dabei mit „modernen Internetangeboten“ insbesondere Jugendliche und junge Menschen für ihre menschenverachtende Ideologie zu gewinnen. Neonazis vernetzen sich, tauschen Informationen aus und mobilisieren zu Gedenktagen, Kampagnen und rechtsextremen Veranstaltungen.

In Deutschland wurde am 11. 10. 2010 die Kampagne „Soziale Netzwerke gegen Nazis“ gestartet. Diese Aktion wird von über 20 großen und kleinen Netzwerken, darunter die VZ-Netzgruppe, MySpace, wer-kennt-wen und Google, unterstützt, nicht jedoch vom größten internationalen Netzwerk Facebook (!). Facebook löscht allerdings auch unzulässige Inhalte nach entsprechenden Hinweisen. Um ihre menschenverachtenden Botschaften zu verbreiten, suchen die Rechtsextremen Gefolgschaft, werben für ihre Gesinnung und verbreiten Propaganda. Gerade Musik, Videos und Blogs werden häufig von Rechtsextremen als „Einstiegsdroge“ eingesetzt.

In Österreich ist die Leugnung von NS-Verbrechen, ebenso wie die Verbreitung und Verherrlichung nationalsozialistischen Gedankengutes, unter gerichtliche Strafe gestellt. 2009 kam es deswegen zu 531 Strafanzeigen und 46 rechtskräftigen Verurteilungen.

Im Gegensatz dazu werden z. B. in Großbritannien oder den USA derartige Aktivitäten vom Recht auf Meinungs- und Redefreiheit geschützt. In diesen Ländern gibt es keine rechtliche Grundlage und kaum Möglichkeiten für entsprechende Gegenmaßnahmen.

Stoplevel ist in Österreich die Meldestelle im Internet, an die sich ein Internetnutzer – auch anonym – einfach, schnell und unbürokratisch wenden kann, wenn er im Internet auf Webseiten Inhalte mit nationalsozialistischer Wiederbetätigung nach dem Verbots- und Abzeichnungsgesetz findet (www.stoplevel.at). Wird eine Meldung als zutreffend erkannt, erfolgt durch Stoplevel eine Meldung an das Bundeskriminalamt.

Im gesamten Jahr 2009 gab es bei Stoplevel 222 Meldungen wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung, davon wurden 21 Meldungen als zutreffend qualifiziert. Die vorliegenden Zahlen für 2010 zeigen jetzt bereits eine massive Steigerungsrate an (bis September): Im Jahr 2010 gab es bis September insgesamt 280 Meldungen, einschlägig zutreffend waren davon laut Stoplevel bereits 53 Meldungen! Findet jemand auf einer Website oder einer Newsgroup Beiträge mit neonazistischen, rassistischen oder antisemitischen Inhalten, kann dies direkt auch der „Meldestelle für NS-Wiederbetätigung“ beim Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) gemeldet werden (ns-wiederbetaetigung@mail.bmi.gv.at).

• Mobilisiert wird zu Gedenktagen und Kampagnen. 2009 dokumentierte jugendschutz.net 500 unzulässige rechtsextreme Bei-

träge in sozialen Netzwerken und auf Videoplattformen.

Schlussfolgerungen und Forderungen

Die aktuellen Entwicklungen im Internet machen eine mehrdimensionale Gegenstrategie auf politischer Ebene nötig (siehe dazu auch jugendschutz.net):

• In Österreich ist die vorsätzliche Verbreitung von rassistischem und fremdenfeindlichem Material über Computersysteme nicht ausdrücklich unter gerichtliche Strafe gestellt. Die Bestimmung von § 283 StGB (Verhetzung) und das Verbotsgesetz reichen aus SPÖ-Sicht dafür nicht aus. Absolut notwendig ist daher die vollständige Umsetzung des Zusatzprotokolls zur Cybercrime-Konvention des Europarates in Österreich. Dieses Zusatzprotokoll verlangt, dass jede Vertragspartei die vorsätzliche Verbreitung rassistischen und fremdenfeindlichen Materials über Computersysteme unter Strafe stellt.

• Auch das österreichische Bundeskriminalamt (BKA) muss neben dem BVT aktiv werden, Internetbeobachtung realisieren und Verfolgungsschritte setzen. Notwendig ist daher eine zentrale Meldestelle im BKA, an die u. a. auch strafrechtlich relevante Internetinhalte (z. B. Wiederbetätigung) gemeldet werden können.

• Österreichische Polizisten müssen so ausgebildet werden, dass sie in der Lage sind, auch am „Tatort Internet“ wegen Verstößen gegen das Wiederbetätigungsgesetz, Abzeichnungsgesetz etc. zu ermitteln. Dafür ist eine technische Aufrüstung des Wachkörpers der Bundespolizei notwendig (flä-

chendeckender Online-Zugang für alle Polizeibeamte).

• Aufbau von Spezialeinheiten zur Bekämpfung der IT-Kriminalität (Cybercops) in den Landeskriminalämtern. Ausbau der digitalen Forensik (Sicherung von Beweisen und Indizien auf IT-Systemen), um Straftaten im Internet aufklären zu können. Einführung „virtueller Streifen“ im Internet.

• Ausbau der direkten Kontaktaufnahme (Meldungen) und des Informationsaustauschs zwischen Providern (In- und Ausland). Eine schnelle Löschung erfolgt durch Kontakte zu Providern und Plattformbetreibern (90% Erfolgsquote bei jugendschutz.net).

Die Frage, wie unsere Gesellschaft mit illegalen Onlineinhalten, wie beispielsweise mit Kinderpornografie, rechtsextremen Inhalten, Hassseiten, Antisemitismus, illegalen Glücksspielangeboten, Killerspielen, Dopingangeboten, Urheberrechtsverletzungen umgeht, muss von den Gesetzgebern klar beantwortet werden. Einen rechtsfreien Raum kann und darf es im Internet nicht geben.

Aber ebenso wenig darf es eine Zensurinfrastruktur geben, die in die Meinungsfreiheit eingreift. Strafrechtsdelikte im Netz sind durch das Grundrecht auf Meinungsfreiheit in keiner Weise gedeckt. Erreicht werden muss zur Sicherung europäischer Werte generell eine Rechtsdurchsetzung im digitalen Umfeld.

Eine umfangreiche Darstellung von Abg. Johann Maier's Bericht kann im Wiener Sekretariat der Freiheitskämpfer bezogen werden.

M.S.

5. November 2010: Ein großer Tag für Mödling

60 Jahre Freiheitskämpfer Mödling waren Grund genug, um einige bedeutende Aktionen zu setzen:

- Enthüllung einer neuen Gedenktafel für den im Mai 1925 ermordeten damaligen Lokal-Obmann der SDAP Leopold Müller an dessen damaligem Wohnhaus
- Präsentation unserer aus dem Jahr 1924 stammenden Schutzbundfahne im Josef Schöffel-Haus (in ganz Österreich gibt es nur mehr drei aus der 1. Republik erhaltene Schutzbundfahnen)

• Vorstellung der von Werner Burg herausgegebenen Broschüre „Die Geschichte der Arbeiterbewegung im Raum Mödling“ im Rahmen einer Festveranstaltung im Josef Schöffel-Haus, bei der u. a. Bundesvorsitzender Ernst Nedwed, Abgeordneter zum Nationalrat Hannes Weninger, Vizebürgermeister Andreas Holzmann als Ehrengäste anwesend waren. Die Broschüre kann zum Preis von 10 Euro beim Autor (Tel.: 02236/464 72) oder bei der SPÖ Mödling (Tel.: 02236/224 23) bestellt werden.



Ernst Nedwed, Hannes Weninger, Werner Burg, Andreas Holzmann, Hans Karl Uhl mit der Schutzbundfahne (1924)

Landeskonferenz Tirol: Wehret den Anfängen!

Landeskonferenz des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen

Wie ein roter Faden zogen sich am 12. November bei der Landeskonferenz des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aufrechter Antifaschist/innen die Mahnungen und Warnungen vor den Gefahren des Rechtsextremismus durch die Berichte und Diskussionsbeiträge. „Es ist Zeit für eine energische und breite Abwehr der Rechtsextremen und Rassisten durch eine Koalition aller Anständigen“, brachte es Helmut Muigg, Vorsitzender der Freiheitskämpfer/innen, auf den Punkt.

Namens des Präsidiums der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen überbrachte Labg. a. D. Herta Slabina die Grüße der Bundesorganisation und sie dankte auch dem aktiven Landesverband Tirol für seine Arbeit, in der die Aufklärung über Rechtsextremismus, Antisemitismus und

Rassismus heute wichtiger denn je ist.

Muigg wurde bei der Ordentlichen Landeskonferenz als Vorsitzender des Bundes bestätigt, zu seinen StellvertreterInnen wurden Sigrid Marinell, Jessica Müller und Robert Koschin gewählt.

Der Rückblick auf die Arbeit der vergangenen vier Jahre erlaubte eine positive Bilanz: 3.686 Personen nahmen an mehr als 100 Veranstaltungen teil. Schwerpunkte waren Gedenkfeiern zu besonderen Ereignissen der Arbeiterbewegung und vor allem die antifaschistische Tätigkeit in der Öffentlichkeit und in Schulen.

Helmut Muigg bedankt sich bei Andrea Schneider und Reinhilde Wünsch, dass sie die Fahne des Tiroler Schutzbundes aus 1923 aufgespürt und den Freiheitskämpfer/innen übergeben haben.

Als Gastrednerin referierte Barbara Blaha.

Landeskonferenz in der Steiermark

Nachdem schon vor einer geraumen Zeit in einer gemeinsamen Sitzung die Zusammenlegung der beiden Landesgruppen Obersteiermark und Graz vereinbart wurde, fand am 18. November 2010 in der Otto-Möbes-Akademie der steirischen Arbeiterkammer in Graz die Landeskonferenz der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen statt.

Nach den Berichten und der Neuwahl referierte der Rechtsextremismus-Experte Wolfgang Purtscheller über die rechte Szene in Österreich. An der Konferenz nahmen 30 Delegierte teil.

Folgende Genossinnen und Genossen wurden in den Landesvorstand gewählt:

Vorsitzender: Mag. Albert Kaufmann, Stellvertreter: Michael Grossmann, Thomas Heim, Marcel Pollauf; Finanzreferent: Gerhard „Hardy“ Macher, Stellvertreter: DDr. Werner Anzenberger; Schriftführerin: Ulrike Repolust, Stellvertreterin: Eveline Decker; Pressereferent: Berndt Heidorn; Beisitzer: Dr. Michael Russ, Dr. Johann Scheuch, Johannes Schwarz, Johann Straßegger; Rechnungsprüfer: Karl-Heinz Herper, Walter Pöschl.

**Unseren
Mitgliedern und Abonnenten
ein erfolgreiches Jahr
2011
wünscht die Redaktion**

Dass nichts bleibt, wie es war!

2010 erschien bei der Büchergilde Gutenberg eine einzigartige Sammlung von Arbeiter- und Kampfliedern. Auf zwölf CDs erklingen 280 Tondokumente aus der Zeit seit 1844. Das Besondere dieser Dokumentation liegt in der Überspielung faszinierender historischer Aufnahmen von alten Schellackplatten aus dem Archiv eines deutschen Sammlers.

Vier jeweils 120-seitige, reichlich bebilderte Texthefte bieten neben fast allen Liedtexten auch Liedkommentare, viele Abbildungen alter Schellackplatten-Labels sowie Fotos von Autoren, Sängern und Musikgruppen, von Titelblättern alter Arbeiterliederbücher, Liedblättern der Arbeiterchöre und anderen Dokumenten. D. h. nicht nur dem Ohr, auch dem Auge wird sehr viel geboten.

Jeweils drei CDs sind zu einem Album zusammengefasst. Das erste Album vereint Lieder aus der Frühzeit der Arbeiterbewegung von 1844 bis 1885 unter dem Titel: „Mann der Arbeit, aufgewacht!“ Dann Lieder der Sozialdemokratie 1885 bis 1910:

Es ertönen die bekanntesten und meistgesungenen Arbeiterlieder, beginnend mit dem Lied des schlesischen Weberaufstands „Das Blutgericht“ von 1844; die „Arbeiter-Marseillaise“, „Bet' und arbeit“, „Arbeiter-Stille-Nacht“, die „Internationale“ in mehreren, unterschiedlichen Interpretationen u. v. m. Bei Liedern, die in keiner historischen Aufnahme vorlagen, half man sich mit bekannten zeitgenössischen Interpreten wie Franz Josef Degenhardt, Dieter Süverkrüp, Hannes Wader oder Hein & Oss sowie mit Aufnahmen von DDR-Chören und -Ensembles.

Die drei CDs des zweiten Albums stellen Lieder aus der ersten Hälfte der Weimarer Republik unter dem Motto „Im Januar um Mitternacht“ vor: Arbeiterlieder und Märsche in Instrumentalaufnahmen, Aufnahmen von Schalmekapellen, Blas- und Balalaika-Orchestern, Arbeiterchören und Sängergruppen, Gesangssolisten und Rezitatoren.

Das dritte Album dokumentiert Originalaufnahmen von Schellackplatten aus den Jahren 1928

bis 1945. Die erste CD „Roter Wedding“ begeistert vor allem durch den Elan, die kämpferische Ursprünglichkeit, zuweilen auch Aggressivität der politischen Aussage. Auf der zweiten CD „Wessen Welt ist die Welt?“ dominieren Einspielungen von Kampfliedern Hanns Eislers aus den Jahren 1929 bis 1932 mit Ernst Busch, darunter Originalaufnahmen vom „Solidaritätslied“, dem „Stempellied“ („Lied der Arbeitslosen“), der „Ballade von der Wohltätigkeit“ oder dem „Marsch ins Dritte Reich“. Die dritte CD trägt den Titel „Wir sind die Moorsoldaten, Lieder gegen Faschismus und Krieg 1933 bis 1945“ und enthält antifaschistische Widerstands- und KZ-Lieder sowie Lieder der Internationalen Brigaden, gerade für uns Freiheitskämpfer interessant. Bewegend ist der Vortrag des „Moorsoldatenliedes“, der „Thälmann-Kolonnen“ und des „Einheitsfrontliedes“ durch Ernst Busch. Aufnahmen, die z. T. unter Bombenhagel 1938 in Barcelona produziert wurden. Erschütternde Zeugnisse mit Liedern aus den Konzentrationsla-

gern Mauthausen, Sachsenhausen, Buchenwald und Dachau liegen in Aufnahmen aus den frühen Nachkriegsjahren vor.

Das vierte Album umfasst CDs mit Aufbau- und Massenliedern der frühen DDR und mit der Wiederentdeckung des Arbeiterliedes in der BRD. Die Texte der Lieder aus der stalinistischen Zeit lassen den heutigen Hörer schmunzelnd bis wundernd oder sogar fürchtend den Kopf schütteln.

Trotz des Fokus auf deutsche Produktionen wird auch der österreichische Hörer mit dieser beispiellosen Sammlung seine Freude haben! Selbst eingefleischte Interessierte und Sammler werden die eine oder andere Entdeckung von bisher kaum Bekanntem („Radfahrer-Bundeslied“ und „Radfahrer-Marsch“, „Reichsbannermarsch“, „Sozialisten auf der Reis“ u. v. a.) machen.

Zu bestellen ist die CD-Edition, die in keiner anspruchsvollen Sammlung fehlen darf, bei der Büchergilde (www.buechergilde.de).

Gerald Netzl

Aber wir haben nur Worte, Worte, Worte Texte über das KZ Mauthausen

Bereits 2007 erschien eine mehr als 400-seitige Anthologie mit Texten und Bildern über das ehemalige Konzentrationslager Mauthausen. „Aber wir haben nur Worte, Worte, Worte“, von Christian Angerer und Karl Schubert herausgegeben, umfasst mehr als 30 literarische Texte von Überlebenden, Zeitzeugen und Nachgeborenen und setzt sich in unterschiedlichen Perspektiven mit der Geschichte und Nachgeschichte des Lagers auseinander. Bei den Texten handelt es

sich überwiegend um Auszüge aus Büchern, wodurch sich dem Leser zahlreiche andere Bücher erschließen. Dadurch und durch das Quellenverzeichnis im Anhang ist es für interessierte Antifaschisten von unbezahlbarem Wert! Auf den ersten Blick problematisch erscheinen mag, dass es sich ausschließlich um Texte deutschsprachiger Autoren handelt, das hängt allerdings mit der Publikationslage der im Original fremdsprachigen Mauthausen-Literatur zusammen, die nur zu einem geringen Teil übersetzt

wurde. Außerdem ist das Buch schon in der vorliegenden Form recht umfangreich.

Der Titel entstammt der Rede von Michael Köhlmeier bei der Befreiungsfeier 2007. „Der Erzähler steckt in einem Dilemma. Wie erzähle ich von den Opfern? Und sofort fährt er sich an den Mund: Von den Opfern? Waren sie denn nur Opfer? Interessiert mich an ihnen nur ihr Opfersein? Wäre das nicht ein letzter dämonisch perfider Sieg derjenigen, die geschunden und getötet haben?“ Die Antwort gibt das Buch

selbst. Um der Geschichte, für die Mauthausen steht, begegnen und antworten zu können, brauchen wir vielfältige Zugänge und Sichtweisen. Diese Vielfalt ist die Stärke des Buches, weil sich – die Formulierung sei mir verziehen – für fast jeden Anlass bzw. jede Zielgruppe ein passender Text findet, der sich in der Gedenk- und Erinnerungsarbeit unseres Bundes einsetzen lässt. Auch kann man mithilfe des Buches gerade jungen Menschen Lesetipps über Mauthausen geben.

Gerald Netzl

Maria Kaiser erinnert sich: „Mir wurde Mut gemacht“



Foto: M. Kaiser

ben Tirols. Sie hat im Herbst d.J. eine kleine, aber originelle Biografie herausgebracht, die zu lesen aus zweierlei Gründen sehr, sehr zu empfehlen ist. Erstens ist Maria Kaiser eine Zeitzeugin bereits der Ersten Republik. Im Jahr 1934, als sich die mutigen Tiroler Schutzbündler in einem oft feindlichen Umfeld für die Verteidigung der Republik erhoben, war sie achtzehn Jahre jung und bereits vorher bei den Roten Falken, bei den Jugendlichen, im sozialdemokratischen Leben

Dieser wird nach dem Zweiten Weltkrieg Bezirkssekretär und später Landespartei sekretär und Abgeordneter zum Tiroler Landtag. Interessant ist dieses Buch, weil es immer weniger Menschen gibt, die sich an die Zeit der Illegalität der Sozialdemokraten, an das Ende des Nazifaschismus und an die ersten Schritte der Zweiten Republik heute noch als aktive Zeitzeugen erinnern können.

Maria Kaiser ist eine solche Zeitzeugin und sie kann die Ereignisse von damals, als sie im März 1946 in den Innsbrucker Gemeinderat einzieht und dort im Ausschuss für Wohnung und Kultur wichtige Aufgaben für die Bevölkerung und die SPÖ zu erfüllen hat, authentisch darstellen. Sie erinnert an Peter Strasser, an die Sozialistische Jugend, an die Jugendtage der ersten Nachkriegszeit, die auch für sie ein großes Erlebnis gewesen sind.

All das ist heute für junge Menschen interessant, die sich nicht vorstellen können, in welcher Situation die Jungen von damals gewesen sind. Sie haben nämlich

einen Teil ihrer Jugend verloren, aber dafür einen großen Optimismus in der nachfaschistischen Zeit gezeigt.

Der zweite Grund, das Buch zu lesen, ist, dass es eine besondere Form der Darstellung bietet: Auf der linken Aufschlagseite sind Originaldaten, Vergleiche mit anderen Ländern, Gedichte, Plakate, Fotos, Zeichnungen – kurz: reale Darstellungen der Zeitgeschichte – dokumentiert. Auf der rechten Seite sind ihre persönlichen Erlebnisse, Eindrücke und Kommentare in einer sehr berührenden Form beschrieben.

Maria Kaiser hat auch zwei prominente Lektoren, die in der antifaschistischen Community nicht ganz unbekannt sind: Helmut Muigg und Hauptlektor Konstantin Kaiser, der Sohn der Autorin. Das Buch ist im kulturspur/verlag irmgard plotz innsbruck, mit Förderungen des Landes Tirols, der Stadt Innsbruck und des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur, erschienen und im Buchhandel erhältlich. ■

Ernst Nedwed

Maria Kaiser, ehemalige Vorsitzende des Landesverbandes Tirol der Freiheitskämpfer und stellvertretende Bundesvorsitzende, geboren im Jahr 1916, ist eine aktive und immer engagierte Genossin im politischen Le-

ben sozialisiert. In der erzwungenen Illegalität von 1934 bis 1938 leistet sie mit den Revolutionären Sozialisten Widerstand gegen den austrofaschistischen Ständestaat und lernt auch ihren späteren Ehemann, Ferdinand Kaiser, kennen.

Wir gratulieren

Zum 98. Geburtstag: Anna Klinke, Franz Lukasch, Wien. **96. Geburtstag:** Hans Pawlik, Klagenfurt; Hans Steiner, Tschurndorf; Rudi Karnik, Hedy Kubanik, Wien. **94. Geburtstag:** Gertrude Ebenberger, Innsbruck; Marie Stanzl, Wien. **92. Geburtstag:** Valerie Griesmayer, Baden; Maria Szöllösi, Wien. **91. Geburtstag:** Hans Krauschner, Erna Labes, Wien. **90. Geburtstag:** Anna-Maria Praschl, Linz; Alfred Ströer, Perchtoldsdorf; Margarete Flieger, Waidhofen/Thaya; Josefine Borth, Hermine Kolar, Pauline Pölzer, Berta Pospichal, Leopold Wiesinger, Wien. **85. Geburtstag:** Luzia Wicher, Schwechat; Bibiane Röttig, Strau; Freimund Exler, Ferdinand Hiller, Jonny Moser, Louise Steiner, Gerhart Sustr, Kurt Wagner, Wien; Johanna Triebel, Wiener Neustadt. **80. Geburtstag:** Alois Lienhart, Graz; Hans Kremsner, Pötsching; Alfred Böck, Rudolf Fiedler, Rudolf Gelbard, Mathilde Weidmann, Wien. **75. Geburtstag:** Franz Maier, Bad Hofgastein; Stefan Benczak, Oeynhausen; Hermine Schwarzingler, Retz; Albert Beilner, Wilhelm Bierochs, Herta Dvoracek, Edith Hofmann, Irmgard Ludl, Helmut Obermayer, Johann Reiter, Waltraud Widor, Wien.



Gedenkfahrt der drei Opferverbände in die KZ-Gedenkstätten Dachau und Flossenbürg

In der Zeit vom 20. bis zum 25. Oktober fand aus Anlass der Befreiung der Konzentrationslager vor 65 Jahren aufgrund eines Projektes von Prof. Hannes Schwantner eine Gedenkfahrt statt, die vom Nationalfonds für die Opfer des Nationalsozialismus gefördert wurde. 35 Teilnehmer der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer, der ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und des KZ-Verbandes nahmen an dieser für die Aufklärungsarbeit wichtigen Exkursion teil. In Dachau legte die Delegation bei der Gedenkmauer einen Kranz nieder und Ernst Nedwed, Matthias Denifl sowie Walter Wipp, dessen Vater

Insasse des KZ Dachau gewesen ist, hielten Gedenkreiden.

Dachau war das erste Konzentrationslager der Nazis, in das zu Beginn vor allem politische Häftlinge deportiert wurden. Der Name Dachau war in ganz Europa bekannt und berüchtigt, damit wollten die Nazis auch einen psychologischen Druck des Terrors auf alle Gegner des Nazi-Regimes ausüben. Aus Österreich kam am 1. April 1938 der erste sogenannte „Prominententransport“ an. Darüber berichtet die Broschüre „Stacheldraht, mit Tod geladen“, verfasst von Wolfgang Neugebauer und Peter Schwarz. Diese Broschüre

konnte bei dieser Gelegenheit in Dachau, wo es auch eine informative Ausstellung gibt, den beiden Betreuern der Exkursion übergeben werden.

In der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg, die in den letzten Jahren von der bayrischen Staatsregierung zu einem Lernort mit einer interessanten Ausstellung ausgestaltet wurde, gedachte die Delegation der österreichischen Häftlinge, die dorthin deportiert worden waren. Einer davon war der ehemalige Vorsitzende der Freiheitskämpfer NR-Abg. a. D. Leo Mistingher, der schon Ende der 90er Jahre bei einem Häftlingstreffen den Kontakt mit der Ge-

denkstätte und mit der örtlichen SPD aufgenommen hatte. Dieser Kontakt wurde bei diesem Besuch erneuert und wird verstärkt ausgebaut durch die Gründung eines Lagergemeinschafts- und Gedenkvereins Flossenbürg, an dem sich Angehörige und Historiker, die mit Leo Mistingher im Kontakt gestanden sind, beteiligen. Die Gründung dieses Vereins wurde bei der ersten Konferenz der Vernetzungsplattform von österreichischen Lagergemeinschaften sehr begrüßt. Wir werden in diesem Zusammenhang noch eingehend über die Gedenkfahrt nach Dachau und Flossenbürg berichten. ■

e. n.

Kindermord am Spiegelgrund Unbewältigte Vergangenheit?

Nur wer die Vergangenheit kennt, ist fähig, die Gegenwart zu begreifen und die Zukunft zu gestalten.

Dieses Motto stand zukunftsweisend über der am 25. 11. 2010 im Festsaal des Kurhauses der Nervenklinik im 14. Wiener Gemeindebezirk stattgefundenen Gedenkfeier für die in der NS-Zeit ermordeten Kinder und Jugendlichen vom Spiegelgrund und in der Ostmark von 1940 bis 1945.

In zutiefst berührender Weise wurden Einzelschicksale von meist aus sozial schwachen Familien stammenden als behindert oder asozial eingestuften Kindern und jungen Menschen geschildert, die alle mit dem Tode der Betroffenen endeten. Begutachtende Ärzte wie Dr. Heinrich Gross und Dr. Marianne Türk entschieden über Leben oder Tod der von ihnen untersuchten kleinen Patienten, die zuvor von „fliegenden Ärztekommisionen“ aufgegriffen worden waren. In ihrem Ermessensspielraum lag deren Schicksal und sie konnten unkontrolliert jeden beseitigen, den sie beseitigen wollten.

Als offizielle Todesursache wurde meist Lungenkrankheit oder das Vorhandensein von Tumoren genannt. In Wahrheit waren es aber schlechte oder falsche Behandlung, Nahrungsentzug, qualvolle Versuche an den Patienten und letztendlich die tödliche Giftspritze, die zur sogenannten Endlösung für nach den rassistischen NS-Grundsätzen unwertes Leben führte. Um diese Schande am menschlichen Leben noch zu vergrößern, wurden den Ermordeten Organteile entnommen und in Form von Präparaten konserviert und bis in unsere Zeit aufbewahrt, um sie für Studienzwecke zur Schau zu stellen.

Erst in der aktuellen Vergangenheit ließ die Stadt Wien im Rahmen einer feierlichen Gedenkveranstaltung diese Relik-

te von am Spiegelgrund ermordeten Menschen auf dem Wiener Zentralfriedhof in einem Ehrengrab bestatten. Um diese zum Teil noch immer unbewältigte Vergangenheit nicht wieder lebendig werden zu lassen, darf man die Ereignisse der NS-Zeit niemals vergessen und muss jeden auch noch so gering erscheinenden Anfang für das Wiederaufleben dieses verwerflichen Gedankenguts bereits im Keim ersticken. Denn die im Holocaust-Museum in Berlin befindliche Mahnung: „Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen.“ richtet sich an jeden und jede von uns. ■

Waltraude Lizen

„Rote Trommler“

Gedenken an Herbert Exenberger

Am 28. September 2010 gestalteten das Bezirksmuseum Simmering und die Werkstatt Wien des Werkkreises Literatur der Arbeitswelt im vollbesetzten Festsaal des Simmeringer Amtshauses eine stimmungsvolle Veranstaltung zur Erinnerung an Herbert Exenberger, dessen Todestag sich am 8. Oktober zum ersten Mal jährte.

Nach einleitenden Würdigungen durch Petra Leban (Bezirksmuseum) und Gemeinderat Harald Troch (SPÖ Simmering) präsentierten im Rahmenprogramm Alexander Höllisch Arbeiterlieder und Ottwald John mit Klaus

Uhlich Gedichte von Alfons Petzold. Mittelpunkt des Abends war aber eine Buchpräsentation in memoriam Herbert Exenberger.

Der unvergessene sozialdemokratische Antifaschist, Historiker und Bibliothekar Exenberger war zugleich der beste Kenner der Geschichte der Arbeiterliteratur, um deren Erforschung und Dokumentation er sich vielfach verdient gemacht hat. Gerald Grassl (Redakteur der Zeitschrift „Tarantel“ der Werkstatt Wien des Werkkreises Literatur der Arbeitswelt) hat nun in der edition tarantel den Band Herbert Exenberger: „Rote

Trommler. Kurze Geschichte der Österreichischen Arbeiterliteratur“, Skizzen zu einem Vortrag, herausgegeben. Diese Publikation basiert auf dem Manuskript eines Vortrags, den Herbert Exenberger im Sommer 2007 im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Die Rückeroberung der Stammtische“ im SPÖ-Sektionslokal Vivariumstraße in der Leopoldstadt über die Geschichte der Arbeiterdichtung gehalten hatte. Gerald Grassl hat den Text ergänzt und zu einer 76-seitigen Broschüre zusammengestellt.

Arbeiterliteratur ist so alt wie die Arbeiterbewegung und war auf das Engste mit deren Organisationen und Kämpfen verbunden. Diese Literatur war immer Ausdruck der Lebenserfahrungen der arbeitenden Menschen. Wobei es nicht nur um die Arbeitswelt im engeren Sinn geht, sondern um ein Schreiben, das sich mit dem sozialen Alltag im umfassenden Sinn auseinandersetzt. Auch in der Festkultur und in den Agitationsformen (Rote Spieler, Politisches Kabarett) kam der Literatur eine entscheidende Rolle zu.

Die Sozialdemokratie initiierte in der Ersten Republik die Vereinigung sozialistischer Schriftsteller, während sich die Kommunisten im Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller Österreichs organisierten. Herbert Exenberger hat in seinem Buch „Als stünd' die Welt in Flammen. Eine Anthologie ermordeter sozialistischer SchriftstellerInnen.“, Wien: Mandelbaum Verlag 2000, die Geschichte der Vereinigung sozialistischer Schriftsteller gründlich erforscht und etliche Texte ihrer von den Nazis ermordeten Mitglieder (Benedikt Fantner, Adele Jellinek, Else Feldmann, Käthe Leichter, Walter Lindenbaum, Thekla Mer-

win, Heinrich Steinitz, Adolf Unger) der Vergessenheit entrissen. Während des Austrofaschismus bemühte sich der Kulturreferent der Arbeiterkammer, Viktor Matějka, den Arbeiterliteraten im Österreichischen Arbeiter-Schriftstellerverband einen gewissen Schonraum zu bieten. Doch war die Zerstörung der Arbeiterkulturbewegung so nachhaltig, dass auch nach der späteren Befreiung nie wieder an deren Blütezeit angeknüpft werden konnte.

In den 70er Jahren setzten sich soziale Themen in der Literatur (getragen von AutorInnen wie Elfriede Jelinek, Peter Turrini, Michael Scharang, Franz Innerhofer und anderen) wieder verstärkt durch. Zugleich nahm die Werkkreisbewegung Literatur der Arbeitswelt im deutschsprachigen Raum einen starken Aufschwung. Die literarische Auseinandersetzung mit der Arbeitswelt durch Schreibende, die selbst im Arbeitsprozess stehen, erreichte damals eine beachtliche Breite und wurde durch Schreibwerkstätten, durch (von Arbeiterkammern und Gewerkschaften gestiftete) Literaturpreise und durch eine Taschenbuchreihe bei Fischer gefördert. Bei all diesen Aktivitäten war Herbert Exenberger als nimmermüder Unterstützer und ermutigender Anreger stets mit dabei und immer bestrebt, auch bei den aktuellen Bemühungen das große historische Erbe in Erinnerung zu rufen.

Die Publikation Herbert Exenberger: „Rote Trommler. Kurze Geschichte der Österreichischen Arbeiterliteratur“ ist bei Tarantel, c/o Gerald Grassl, Vivariumstraße 8/4/18, 1020 Wien, E-Mail: tarantel-wien@gmx.at zum Preis von 9 Euro zu beziehen.

Heimo Gruber



Gelebter Internationalismus

Vor kurzem wurde vom Institut für Gewerkschafts- und AK-Geschichte unter der Moderation von Mag. Sabine Lichtenberger das Buch von Fritz Keller „Gelebter Internationalismus – Österreichs Linke und der algerische Widerstand (1958–1963)“ von Univ.-Prof. DDr. Oliver Rathkolb, BM a. D. Karl Blecha und DI Reimar Holzinger präsentiert. Dieses Buch ist für alle, die an dem Thema der algerischen Revolution und an der Entwicklung der Außen- und Innenpolitik Österreichs nach dem Staatsvertrag 1955 sowie an der Gründungsphase der Jugendarbeit, speziell der Sozialistischen Jugend, interessiert sind, von großer Bedeutung.

Es beleuchtet nicht nur den Einsatz einer Gruppe von jungen Linken Ende der 50er Jahre für

den Befreiungskampf des algerischen Volkes, sondern auch das gesamte Umfeld dieser ersten großen antkolonialen Revolution, die besonders in Österreich und Deutschland ein politisches Echo gefunden hat. Keller hat so umfassend recherchiert, wie es bei vergleichbaren Publikationen über ähnliche Themen bisher selten der Fall gewesen ist. Trotz vieler Daten und begleitender Nebenthemen ist das Buch auch für einen Nichthistoriker leicht lesbar. Keller zeigt besonders die Initiativen einer Gruppe aus der SJ und dem VSM auf, die in nicht ganz ungefährlichen Aktivitäten die Untergrundarbeit und den Befreiungskampf in Algerien förderte, z. B. durch die Rückführung von in die Fremdenlegion eingetretenen Österreichern, die damit oft wieder in das normale Leben Österreichs zurückkehren

konnten und dem mörderischen Kolonialkrieg der französischen Armee entzogen wurden.

Das bedeutete auch Konflikte mit den damals regierenden französischen Sozialisten (SFIO) und so manchem österreichischen Politiker, der die Ruhe und nicht die Revolution liebte. Unter den Akteuren sind vor allem Reimar Holzinger, Karl Blecha, Peter Jankowitsch, Klaus Sperlich, Albrecht K. Konecny, Erwin Lanc, Karl Tambornino, Alfred Ströer, Bernd Ingrisich, Ferdinand Lachina, Josef Riedler, Josef Hindels, Heinz Nittel und Ernst Nedwed und viele andere SJ-, Mittelschüler- und Studentenfunktionäre genannt. Die einzelnen Ereignisse sind durch Interviews mit Zeitzeugen, mit Dokumenten, Zeitschriften und Aussagen führender Politiker belegt.

Fritz Keller ist so genau, dass er auch penibel feststellt, in welchen Publikationen der späteren Jahre diese Zeit der Algeriensolidarität nicht berücksichtigt wurde. Hugo Pepper deutet in einem Interview auch den Grund dafür an: Im Gegensatz zu späteren großen Bewegungen, wie der z. B. der internationalen Bewegung gegen den Vietnamkrieg, war die Aktivität dieser eng umgrenzten Gruppe, die oft auch im illegalen Bereich arbeiten musste, ohne jede Massenunterstützung. Vor allem nach dem Sieg der Revolution in Algier galt das Thema als abgehakt, denn die neuen Themen der 1968er-Generation nahmen das Interesse der Linken mehr in Anspruch.

Das Buch ist im Promedia Verlag, Wien, erschienen.

e. n.

Benennung des Kommandogebäudes: Heckenast-Burian in Wien-Meidling

Die Namen Burian und Heckenast sind für das österreichische Bundesheer Vorbild, Leitbild und Verpflichtung, sagte Verteidigungsminister Norbert Darabos bei einem Festakt anlässlich der Umbenennung des Amtsgebäudes Schwenkgasse in „Kommandogebäude Heckenast-Burian“.

Oberstleutnant Franz Heckenast und Hauptmann Karl Burian waren zwei im Widerstand tätige Offiziere, die im Kampf gegen das NS-Regime ihr Leben lassen mussten. „Sie stellten sich gegen ein Regime, das weder Freiheit noch Rechtsstaatlich-

keit kannte“, würdigte Darabos die beiden Offiziere und äußerte die Hoffnung, „dass durch die Umbenennung die Bedeutung des Kampfes gegen Diktatur und Unterdrückung verdeutlicht wird“.

Es sei ihm ein wichtiges Anliegen, die Aufarbeitung der Geschichte der Streitkräfte in Österreich voranzutreiben, betonte Darabos. „Dabei geht es auch und vor allem um die dunklen Kapitel der Geschichte“, so der Verteidigungsminister, der diesbezüglich auf die zahlreichen von ihm initiierten Forschungsprojekte zur Geschichtsauf-

arbeitung der Jugend auch in den Schulen verwies.

Einmal mehr bekräftigte Darabos seine Entscheidung, die Unterstützungsleistungen des österreichischen Bundesheeres für das umstrittene Ulrichsbergtreffen zu beenden.

Eine „Null-Toleranz-Politik auch nur beim Anstreifen am Verbotsgesetz“ sehe er als Selbstverständlichkeit, so der Minister, der weiters klarstellte: „Radikalismen haben im Heer keinen Platz. Ein Heer mit humanistischen Werten, für das ich gemeinsam mit der militärischen Führung und

den Soldatinnen und Soldaten einstehe, ist kein Ort für neonazistische Umtriebe.“

Über den Widerstand der beiden österreichischen Offiziere gegen das Naziregime sprach die wissenschaftliche Leiterin des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, Dr. Bailer.

An den Feiern im Kommandogebäude Schwenkgasse nahmen auch die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände, Dr. Gerhard Kastelic, Albert Dlabaja und Ing. Ernst Nedwed, teil.

Ehrung für Heinrich, Giffinger und Gelbard

Bei der Jahresabschlussfeier des Wiener Landesverbandes konnte der Landesvorsitzende, Hannes Schwantner, eine Reihe von Gästen und Jubilaren begrüßen. Als Vertreter der Wiener Landespartei und als langjähriges Vorstandsmitglied war diesmal Stadtrat Michael Ludwig gekommen. Auch der Bundesvorsitzende Ernst Nedwed und die stellvertretende Vorsitzende, Herta Slabina, nahmen an dieser Veranstaltung teil.

Eingeleitet wurde die Feier von Klaus Bergmaier und Angelika Sacher, die Lieder des Widerstandes interpretierten. Gleich zu Beginn wurde **Kurt Heinrich**, Mitglied des Bundespräsidiums, Sektionsleiter, ehemaliger Bildungsfunktionär und Bezirksvorsteher in Margareten, mit der Otto-Bauer-Plakette ausgezeichnet. Ernst Nedwed und Michael Ludwig würdigten seinen Einsatz in all seinen Funktionen in der aktiven antifaschistischen Arbeit und gratulierten dem Ausgezeichneten. Kurt Heinrich, der

auch im Sozialbereich im Kuratorium Fortuna eine wichtige Funktion erfüllt, dankte für die Ehrung und versprach, so wie bisher seine Aufgaben im Interesse der Freiheitskämpfer zu erfüllen.

Sodann wurden zwei langjährige Mitglieder und Funktionäre anlässlich ihrer Geburtstage gefeiert:

Eduard Giffinger, mit 70 Jahren im Rahmen der Freiheitskämpfer fast ein Jugendfunktionär, ist in der antifaschistischen Arbeit schon seit seiner Jugend, bei den Kinderfreunden und Roten Falken, aktiv. Edi, beruflich bei Unilever, später auch als Betriebsrat tätig, wurde im ÖGB Abteilungsleiter und Arbeiterkammerrat von 1989 bis 1999. In der Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter war er für die Bildungsarbeit zuständig, seit mehr als fünfzehn Jahren ist er Bezirksvorsitzender der Freiheitskämpfer in Liesing und Mitglied des Wiener und des Bundesvorstandes. Er ist ein Funktionär mit vielen Ideen und Initiativen und all das wurde von

den Laudatoren, Ernst Nedwed und Michael Ludwig, mit freundschaftlichen Worten gewürdigt und besonders auch seiner Frau Elisabeth gedankt.

Prof. **Rudi Gelbard** feierte mit den Freiheitskämpfer/innen am Vorabend seines Geburtstages den 80er. Mit dabei seine Inge, die ihn bei den Geburtstagsfeiern, die auch in anderen Freundeskreisen stattgefunden haben, begleitete. Rudi Gelbard ist ein vielseitiger Kommunikator, der in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens gut vernetzt ist und mit einer Reihe von Persönlichkeiten in steter Diskussionspartnerschaft in Verbindung steht. Rudi Gelbards Leben und Wirken ist, so sagte Ernst Nedwed, im Kreise der Freiheitskämpfer durch die Biografie Walter Kohls und durch den Film „Der Mann auf dem Balkon“ schon sehr bekannt. Wegen seiner jüdischen Abstammung wurde er bereits 1942 als Kind mit seinen Eltern nach Theresienstadt deportiert. Dort lernte er die „Zeit ohne Gnade“ kennen.

Nach seiner Rückkehr nach Wien war er schon als Jugendlicher politisch aktiv. Bereits 1945 trat er in die Sozialistische Jugend ein, 1947 wurde er Parteimitglied und war auch Hörer der Parteischule, wo er Karl Czernetz, Stella Klein-Löw und andere bedeutende Lehrer der Sozialdemokratie kennen und schätzen gelernt hat. In seiner Bezirksorganisation Neubau war er zwar nie als Vertrauensperson tätig, aber bei allen ideologischen Diskussionen in der Partei präsent. In der Israelitischen Kultusgemeinde ist Gelbard im Kultur- und Bildungsbereich tätig und stets ein guter Kontakter. In der sozialistischen Bildungsarbeit schätzte der ehemalige Wiener Bildungsvorsitzende, Ernst Nedwed, vor allem seine Referententätigkeit und die Mitwirkung bei vielen Projekten. Michael Ludwig hob seine kritische, aber stets von Treue zur sozialistischen Bewegung getragene Haltung hervor, die dazu führte, dass auch in schwierigen Phasen der Partei immer ein positives Gesprächsklima aufrecht blieb. ■



Stadtrat Michael Ludwig und das Präsidium gratulierten Rudi Gelbard



Kurt Heinrich erhielt die Otto-Bauer-Plakette

Dokumentation: Resolutionen und Anträge, beschlossen auf der Bundeskonferenz 2010

Eine Resolution betrifft die Kürzung der Mittel für die wichtige Gruppe der Gedenkdienster, die in 22 Ländern der Welt die Geschichte des Holocaust aufarbeiten und in Gedenkstätten wie Auschwitz oder Yad Vashem mitarbeiten. Die Innenministerin, Maria Fekter, wird aufgefordert, die Reduzierung der Gedenkdienster-Entschädigung zurückzunehmen. Eine weitere Resolution protestiert gegen die budgetären Kürzungen bei außeruniversitären Forschungseinrichtungen.

Die weiteren Resolutionen bringen wir im Wortlaut:

Resolution: Zur Rehabilitierung der Opfer des Austrofaschismus

Die Bundeskonferenz wendet sich an den Bundesparteivorstand, an den Sozialdemokratischen Klub der Nationalratsabgeordneten und Bundesräte und an den Wiener Vorstand, um daran zu erinnern, dass die vor einem Jahr auf Grund des offenen Briefes einer Wissenschaftsplattform geforderte juristische und politische Rehabilitierung der Verteidiger der demokratischen Republik und der Opfer der austrofaschistischen Justiz vom Februar 1934 – unseres Wissens – bisher noch keiner geschäftsordnungsmäßigen Behandlung in den parlamentarischen Gremien zugeführt wurde.

Wir halten eine personenbezogene Rehabilitierung der Opfer der Februarkämpfe nicht für sinnvoll, da die noch in den ersten Jahr-

zehnten nach 1945 überlebenden Opfer der austrofaschistischen Justiz zum größten Teil heute leider nicht mehr leben. Es geht vielmehr darum, eine generelle Rehabilitierung, so ähnlich, wie das bei den Opfern der NS-Militärjustiz erfolgt ist, zu erreichen. Es geht auch nicht um finanzielle Zuwendungen an die Opfer des Austrofaschismus, da das Opferfürsorgegesetz 1947 die politisch Verfolgten von 1933 bis 1945, mit Ausnahme der NS-Terroristen, in die Betreuung durch das Sozialministerium miteinbezogen hat.

Wir fordern außerdem im Gleichklang mit den Unterzeichnern der Wissenschaftsplattform die Errichtung eines Mahnmals für die Verteidiger der Republik an einem zentralen Punkt der Bundeshauptstadt (bisher gibt es nur ein Denkmal im Zentralfriedhof der Stadt Wien).

Resolution: Zur Flüchtlings- und Asylpolitik

Das Gedenken an die Opfer von Widerstand und Freiheitskampf, der Shoah und des Völkermordes sowie an die Ereignisse, durch die sie verursacht wurden, ist eine wichtige und unverzichtbare Aufgabe des Bundes.

Gedenkveranstaltungen unseres Bundes waren und sind stets mit politischer Aufklärung verbunden. Heute gibt es nicht nur die offensichtlichen Gefahren von Populismus, Rechtsradikalismus, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Neofaschismus, sondern auch

die versteckten Gefahren, die durch den Neoliberalismus hervorgerufen werden: Demokratiean zweiflung, Demokratieaus h ö h l u n g, „Politikverdrossenheit“, Führungskräfte kult, Leistungsfaschismus. Unser Gedenken ist daher von politischer Aufklärung nicht zu trennen, und diese muss auch menschenrechtliche Probleme aufgreifen und diskutieren.

Die Thematisierung dieser offensichtlichen und versteckten Gefahren ist deshalb unverzichtbar. Sie stellt auch eine aktuelle Aufgabe unseres Bundes dar. Er hat schon auf Grund seiner Statuten die Verpflichtung, auf die Einhaltung der Menschenrechte zu dringen. Unser Aufgabengebiet ist aus historischen Gründen der Kreis politisch Verfolgter. Unsere Solidarität gilt aber nicht Nationalisten, religiösen Fundamentalisten, Rassisten, Antisemiten und Anhängern anderer menschenverachtender Ideologien, die in ihren Herkunftsländern deswegen verfolgt werden und in Österreich Unterschlupf suchen.

Die Protestpotenziale gegen eine fremdenfeindliche Asylpolitik, aber auch gegen die soziale Ausgrenzung immer größerer Bevölkerungsteile durch die Folgen neoliberaler Politik, sind heute eher bei anderen gesellschaftlichen und politischen Organisationen sowie parteiungebundenen Initiativen angesiedelt. Sie agieren großteils abseits oder punktuell, sogar gegen die SPÖ! Das wiegt doppelt schwer, weil in diesen Initiativen überwiegend junge und kritische Menschen sowie

nicht unbedeutende Meinungsbildner/innen und Meinungsbreiter/innen mitwirken. Nichtsdestoweniger würdigen wir die ausgezeichnete Arbeit bisher schon engagierter Flüchtlings-, Asyl- und Menschenrechtsorganisationen.

Der Bundesvorstand wird deshalb im Rahmen seiner Arbeitsteilung ein Mitglied des Bundesvorstandes mit der Beobachtung der Vorgänge im Flüchtlings-, Asyl- und Menschenrechtsbereich beauftragen, damit Vorschläge für Aktivitäten erstellt werden. Der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en wendet sich weiters an den Bundesparteivorstand der SPÖ mit der Forderung, eine Plattform mit jenen sozialdemokratischen Organisationen einzurichten, die in der Flüchtlings-, Asyl- und Menschenrechtsarbeit engagiert sind. Damit sollte vor allem eine Möglichkeit der Meinungsbildung und der Koordination geboten werden und es wäre auch eine Beratungstätigkeit für die Parteigremien gegeben.

Es geht um grundsätzliche Festlegungen und um deutliche Grenzbeziehungen gegenüber den Zumutungen der Koalitions„partnerin“ ÖVP mit ihrer gegen die Interessen der erwerbstätigen und der erwerbslosen Menschen gerichteten Politik. Es geht um eine deutliche Präsenz durch öffentliche Stellungnahmen zu aktuellen Anlässen und Vorkommnissen. Es geht um die Thematisierung sozialistischer Grundsätze. Es geht

darum, das gefährliche Potenzial des aktuellen Neoliberalismus erkennbar zu machen, das einem neuen Faschismus Vorschub leistet.

Resolution: Gegen neonazistische Aktivitäten in Österreich

Es ist fast nicht zu glauben: 65 Jahre nach dem unrühmlichen Ende des NS-Regimes, in einer Zeit, in der die NS-Verbrechen weitgehendst durch die Forschung dokumentiert und in fast allen Facetten bekannt sind, versuchen Neonazis, nunmehr bevorzugt in Internetportalen, wieder die Lügen und die Hetze der Vergangenheit in der Öffentlichkeit zu verbreiten.

Da sich der Sitz der Provider im Ausland, z. B. in den USA, befindet, kann diese Hetze nach bestehenden österreichischen Gesetzen nicht verfolgt werden. Das hat natürlich Folgen: Immer mehr neonazistische Straftaten, oft von jungen Leuten verübt, die keine Ahnung haben, was damals im „Dritten Reich“ geschehen ist, sind laut den Berichten des Innenministeriums, der Israelitischen Kultusgemeinde, des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, der Anti-Rassismus-Organisation ZARA und anderer Beobachtungsgruppen zu verzeichnen.

Gegen diese neonazistischen Provokationen müssen sich Demokraten und Antifaschisten aller Couleurs wehren.

Es ist vor allem die Innenministerin, Frau Maria Fekter, gefordert, denn das in ihrem Bereich angesiedelte Amt für Verfassungsschutz dürfte in der letzten Zeit seine Aufgaben nicht ganz erfüllt haben, denn sonst könnte es nicht sein, dass die angeblich bekannten Akteure der Internethetze, die nicht in den USA, sondern in Niederösterreich sitzen, lange Zeit unbehelligt geblieben sind. Es ist zu hoffen, dass die jüngste Aktion mit Hausdurchsuchungen und teilweisen Verhaftungen Material für Anklagen nach dem NS-Verbotsgesetz erbringt. Es ist spät genug, denn in den 1980er und 1990er Jahren, als SPÖ-Innenminister Verantwortung getragen haben, wurde die Neonaziszene sehr rasch aus dem politischen Spektrum ausgeschaltet. Österreich hat ein verfassungsrechtlich abgesichertes NS-Verbotsgesetz, das allerdings von den Behörden auch angewendet werden muss.

Mit polizeilichen Maßnahmen allein ist das Problem nicht zu lösen. Die Zielgruppe der Neonazis sind vor allem junge Menschen, die aus irgendwelchen Gründen mit ihren Problemen nicht zu Rande kommen oder

völlig desinformiert sind. Bei der Neonazi-Propaganda gibt es auch eine Verknüpfung mit rechtspopulistischen und deutschnationalen Gruppen, die sich als Stichwortgeber betätigen und mit Fremdenhass und Antisemitismus agieren. Deshalb haben wir schon in unserer Resolution auf dem Bundesparteitag festgestellt:

„Eine wichtige Gegenstrategie ist es, den jungen Menschen in den KZ-Gedenkstätten in Österreich sowie im Ausland zu zeigen, in welchem Umfeld die Nazis ihre Verbrechen an Politischen sowie durch die Abstammung Verfolgten verübten. Exkursionen in die KZ-Gedenkstätten müssen, wenn sie im Sinne der Aufklärung erfolgreich verlaufen sollen, mit vorübergehenden Informationsveranstaltungen oder Seminaren vorbereitet werden. Auch eine nachgebende Diskussion ist von großer Bedeutung.“

Für diese Aufklärungsveranstaltungen gibt es heute noch Zeitzeugen sowie HistorikerInnen und SoziologInnen, die wissen, wie junge Menschen pädagogisch in dieses Thema eingeführt werden. Besonders zu erwähnen sind die Zeitzeugen, die das Unterrichtsministerium für die Aufklärung in den Schulen einsetzt, sowie die Vertreter

des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes und die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs, zu denen auch der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer gehört.

Bei dieser Arbeit mit der Jugend ist es wichtig, nicht nur punktuell die Verbrechen des NS-Regimes darzustellen, sondern es ist auch notwendig, die Vorgeschichte einzubeziehen. Die Worte Ignatius Silones: ‚Der Faschismus ist nicht vom Himmel gefallen‘ weisen darauf hin, dass die historischen Zusammenhänge nicht vergessen werden dürfen. Zum Beispiel hat die Unterstützung des Großkapitals für Hitler, ebenso wie die Arbeitslosigkeit der damaligen Zeit und die nationalistische Verblendung vieler Menschen in Deutschland, der Nazi-Bewegung zur Macht verholfen. Dies darzustellen ist eine wichtige Aufgabe der politischen Bildung in den Schulen, in den Volkshochschulen sowie in der außerschulischen Bildung der politischen, gewerkschaftlichen und religiös orientierten Jugendorganisationen.“

Dabei werden wir als antifaschistische Opferorganisation auch unseren Beitrag zu leisten haben. ■

Anträge

Ein Antrag betrifft die Erhöhung des Jahresmitgliedsbeitrags von 7 auf 9 Euro ab dem Jahr 2011. Der Antrag wurde aufgrund der finanziellen Situation von allen Landesverbänden unterstützt und die Mitglieder werden um ihr Verständnis ersucht.

Ein weiterer Antrag befasst sich mit der Einsetzung einer Organisations- und Statutenkommission, die in einem Diskussionsprozess

Vorschläge für die Anpassung der Organisation an die Erfordernisse der Gegenwart und Zukunft auszuarbeiten hat.

Ein wichtiger Antrag betrifft die Forderung nach kostenlosem Eintritt in die Gedenkstätte Mauthausen; er lautet:

„Die Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Mauthausen ist ein wichtiger Lernort zur Vermittlung der österreichi-

schen und europäischen Zeitgeschichte. Es ist eine wesentliche Aufgabe an gerade diesem Ort über die gesellschaftlichen und politischen Hintergründe, die zum Nationalsozialismus führten, und über die brutale Terrorherrschaft der NSDAP zu berichten und aktuellen antidemokratischen Strömungen entgegenzuwirken.

Der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver An-

tifaschist/inn/en vertritt die Ansicht, dass dieses Bildungs- und Aufklärungsangebot ohne Bezahlung eines Eintritts bzw. allfälliger Parkgebühren ermöglicht werden muss.

Die Bundeskonferenz fordert den kostenlosen Eintritt in die KZ-Gedenkstätte Mauthausen für alle Besucherinnen und Besucher, vordringlich für Schüler- und Jugendgruppen im Rahmen von Exkursionen.“ ■

Landesverband Salzburg neu konstituiert

Nach dem Ableben des Landesvorsitzenden Eduard Goldmann im April d.J. bestand die Notwendigkeit einer Neukonstituierung des Landesverbandes Salzburg. Nach Gesprächen zwischen der Landespartei Salzburg und dem Bundesvorstand fand am 1. November 2010 im Anschluss an die Gedenkfeiern eine Zusammenkunft der Funktionäre der Freiheitskämpfer/innen statt, bei der folgender Wahlvorschlag einstimmig angenommen wurde:

Als Vorsitzender wurde das langjährige Mitglied der Freiheitskämpfer Landeshaupt-

mannstellvertreter David Brenner gewählt.

Als stellvertretender Vorsitzender fungiert LABg. Walter Steidl, als Kassier AK-Vizepräsident Walter Androschin, als Stellvertreter Mag. Alexander Neunherz.

Die Funktion der Schriftführerin wird Waltraut Hoffmeister übernehmen, ihr Stellvertreter ist Mario Scheiber.

Als Beisitzer wurden gewählt: Martin Grubinger, Ingo Ladinig und NR-Abg. Johann Maier.

Rechnungsprüfer wurden Mag. Uwe Höfferer und GR Mag. Wolfgang Gallei. ■

Landeskonferenz in Kärnten

Der Landesverband Kärnten der Freiheitskämpfer hielt am 19. Oktober 2010 im Klagenfurter ÖGB-Haus seine Landeskonferenz ab. Der Vorsitzende Prof. Vinzenz Jobst berichtete über den Zeitraum 2007–2010, über die regen Aktivitäten und vor allem über die Mitarbeit für die Gedenkorganisation „Memorial Kärnten“, von der auch etliche Publikationen erschienen sind. Mit Unterstützung des Nationalfonds der Republik für Opfer des Nationalsozialismus und des Zukunftsfonds der Republik Österreich sowie des Landes Kärnten wurde nach einer Präsentation im Parlament in Wien eine Publikation unter dem Titel „Buch der Namen“ über die

Opfer des Nationalsozialismus in Kärnten herausgebracht. Daran hat der Landesvorsitzende Vinzenz Jobst hervorragenden Anteil.

Bei der Neuwahl wurde der Landesvorstand wie folgt einstimmig gewählt:

Vorsitzender: Prof. Vinzenz Jobst
Stellvertreter: LH-Stv. Dr. Peter Kaiser und Werner Pikalo
Kassier: Mag. Heinz Pichler
Schriftführer: Martin Gressel
Kontrolle: Mag. Peter Petritz und Mag. Bernhard Rappold

Der langjährige Landesvorsitzende des Landesverbandes Kärnten, Landtagspräsident a.D. Hans Pawlik, wurde als Ehrenvorsitzender bestätigt. ■

„Aufbruch in eine neue Zeit“ Ausstellung zum 75. Todestag des Schulreformers Otto Glöckel



V.l.n.r.: Mag. Dr. Oskar Achs, Mag. Dr. Susanne Brandsteidl und Prof. Hans Matzenauer

Im Gebäude des Stadtschulrates für Wien eröffnete Stadtschulratspräsidentin Mag. Dr. Susanne Brandsteidl am 2. Dezember eine kleine, aber ambitionierte Ausstellung, die unter dem Titel „Aufbruch in eine neue Zeit“ anlässlich des 75. Todestages von Otto Glöckel präsentiert wurde.

Über Leben, Werk und Bedeutung von Otto Glöckel sprach der ehemalige Stadtschulratspräsident Prof. Hans Matzenauer. Über Konzeption und Aktualität der Ausstellung berichtete Mag. Dr. Oskar Achs, der auch für die Gesamtgestaltung verantwortlich zeichnet.

Die Ausstellung zeigte auf zwölf übersichtlichen Tafeln einen geschichtlichen Überblick über das Leben und

das Werk des großen Schulreformers, über die Gründung der Ersten Republik und über die großen Erfolge der Glöckel'schen Schulreform. An der Eröffnung nahmen viele LehrerInnen sowie Kinderfreunde- und Bildungsfunktionäre teil. Leider stand die Ausstellung nur im Dezember offen, sodass für Führungen und Diskussionen wenig Vorbereitungszeit zur Verfügung stand. Es ist zu hoffen, dass die Ausstellungsmaterialien auch für weitere Präsentationen zur Verfügung stehen – gerade jetzt, wenn über eine moderne Schulpolitik diskutiert wird. Jedenfalls ist der Präsidentin des Wiener Stadtschulrates und dem Gestalter Oskar Achs für diese verdienstvolle Ausstellung Dank zu sagen. ■

1. November im Zeichen des Kampfes gegen rechts

Einige hundert SozialdemokratInnen, SJ, JG, Frauen- und Bildungsfunktionäre und Mitglieder des Bundes der Freiheitskämpfer nahmen am traditionellen Gedenkmarsch im Wiener Zentralfriedhof teil. Beim Mahnmal der Stadt Wien begrüßte Bundesvorsitzender **Ernst Nedwed** die Teilnehmer und forderte erneut die juristische Rehabilitierung der Opfer des Austrofaschismus. Er erinnerte an die Befreiung vom Nazifaschismus vor 65 Jahren und hob die Aufbauarbeit der Zweiten Republik unter hervorragender Beteiligung der SPÖ hervor.

Als Vertreter der Wiener SPÖ befasste sich Landespartei-sekretär **Christian Deutsch** mit dem Wahlausgang in Wien und sagte, dass der Gefahr von rechts mit der gesamten Stärke der Partei und mit allen Demokraten entgegengetreten werden müsse. Die Wahlanalyse zeigte allerdings auf, dass fast die Hälfte der jungen Menschen sozialdemokratisch gewählt hat, und das ist eine positive Perspektive.

In der Gruppe 40, wo die vom sogenannten „Volksgerichts-

hof“ zum Tode verurteilten und im Landesgericht hingerichteten Österreicherinnen und Österreicher beerdigt sind, sprach diesmal Bundesminister a. D. **Rudolf Edlinger**, Präsident des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes. Er hob vor allem den Beitrag der aktiven Widerstandskämpfer für eine anerkannte und freie Zweite Republik hervor. Der Wiener Vorsitzende **Prof. Hannes Schwantner** dankte dem Präsidenten Edlinger und dem Dokumentationsarchiv vor allem für die Aufarbeitung der Geschichte des Widerstandes und der Opfer der Konzentrationslager.

Der Abschluss des Gedenkmarsches fand im Ehrenhain für die Februar- und Spanienkämpfer statt. Dort hat über Einladung der Freiheitskämpfer die im Kampf gegen rechts aktive NR-Abgeordnete **Petra Bayr** die Gedenkrede gehalten. Sie wies unter anderem auf die Frauenarbeitsgemeinschaft gegen rechts hin, die im Wahlkampf eine Reihe von Aktionen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus gesetzt hat. Der Gedenkmarsch wurde mit

einem Dank an die Teilnehmer, insbesondere an die SJ, abgeschlossen.

Eine Gruppe der SJ Schwechat hielt anschließend bei den Gräbern von Victor Adler und Otto Bauer eine Gedenkfeier ab, an der sich eine Reihe von Mit-

gliedern der Freiheitskämpfer beteiligte.

Auch bei den Gräbern von Josef Hindels und Kurt Schmid im Urnenhain fanden sich Genossinnen und Genossen zu einem Gedenken ein. ■



Ein Fest zum neunzigsten Geburtstag von Alfred Ströer

Aus Anlass des neunzigsten Geburtstages von Alfred Ströer lud Bundesminister Rudolf Hundstorfer zu einer Geburtstagsfeier der besonderen Art für den langjährigen Spitzenfunktionär des ÖGB, Abgeordneten zum Nationalrat, Mitglied der Opferfürsorgekommission sowie Vorsitzenden und Ehrenvorsitzenden des Bundes der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen in den Marmorsaal des Ministeriums am Stubenring ein.

Kollegen aus dem ÖGB, Freunde aus dem öffentlichen Leben, aus der SPÖ und eine Delegation des Präsidiums der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer nahmen an dem Festakt im Ministeriumsgebäude teil. **Bundesminister Hundstorfer** hob vor allem das soziale Engagement von Alfred Ströer, beginnend mit der gewerkschaftlichen Jugendarbeit bis zu

seinem internationalen Engagement, hervor. Hundstorfer dankte vor allem dafür, dass er sich in der Opferfürsorgekommission als ehemaliger Widerstandskämpfer solidarisch mit den Opfern des Nazifaschismus befasste und mithalf, eine Reihe von Verbesserungen durchzusetzen. Präsident Hundstorfer sagte abschließend: „Seien es seine internationalen Kontakte, sein Eintreten für die Menschenrechte, aber vor allem sein Auftreten gegen die Verharmlosung des Nationalsozialismus und des Faschismus wie gegen das Wiederaufkeimen jeglicher Art von rechtem Gedankengut. Seine Tätigkeit als Autor trug ihm nicht nur den Ehrentitel Professor ein, sondern leistete Wesentliches beim Aufarbeiten österreichischer Geschichte, und seine Auftritte als Redner und Zeitzeuge inspirieren und inspirierten viele junge Menschen.“

ÖGB-Präsident Erich Foglar erinnerte an das Wirken Alfred Ströers an der Spitze des ÖGB, besonders als Jugendsekretär und eine lange Zeit als Leitender Sekretär, wo er insbesondere mit Präsident Benya eng zusammenarbeitete. Er war in den internationalen Gremien der Gewerkschaften Vertreter des ÖGB und auch in einer Reihe von Menschenrechtsaktionen aktiv. In kritischen Zeiten konnte man sich immer auf ihn verlassen. Auch als Abgeordneter war er stets ein Interessenvertreter der arbeitenden Menschen in Österreich. Seine Hilfsbereitschaft und sein soziales Engagement führten ihn in viele Funktionen, die er allesamt immer wieder positiv bewältigen konnte. Die Ära Ströer bleibt im ÖGB unvergesslich als ein Vorbild für einen echten und ehrlichen Gewerkschafter.

Präsident der Arbeiterkammer Herbert Tumpel erinnerte daran, dass er der unmittelbare Nachfolger von Alfred Ströer als Leitender Sekretär im ÖGB gewesen ist, wo er einen hervorragend funktionierenden Organisationsapparat des ÖGB übernehmen konnte. Tumpel brachte einige Geschichten und Anekdoten, die die menschliche Komponente von Alfred Ströer beweisen. Er sagte abschließend, dass er vieles von Alfred lernen konnte, wie man einen solchen großen Apparat wie den ÖGB in Betrieb halten kann.

Der Bundesvorsitzende der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen **Ernst Nedwed** erinnerte an den Widerstand des jungen Alfred Ströer, der diese Aktivität mit einer Gestapohaft und mit einer Anklage wegen Vorbereitung zum Hochverrat bezahlen musste.





Nach seiner Entlassung war er wehrunwürdig. Trotzdem erhielt er die Einberufung zur Strafeinheit „Bewährungsdivision 999“. Nach seiner Rückkehr war er sofort in den antifaschistischen Organisationen, so auch beim Bund der Sozialistischen Freiheitskämpfer, tätig. Nedwed dankte Alfred Ströer vor allem dafür, dass er in einer kritischen Situation des Bundes der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer den Vorsitz übernommen hat. Mit seiner Kunst der positiven Zusammenarbeit und der Animation jüngerer Mitarbeiter ist es ihm und seinen Freunden gelungen, dem Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer in einer be-

sonderen Zeit wieder eine politische Bedeutung zu geben. Zum Abschluss zitierte Ernst Nedwed aus der Hindels-Bibliografie einen Brief, den Hindels anlässlich des sechzigsten Geburtstages von Alfred Ströer geschrieben hat: „Zu Deinem sechzigsten Geburtstag wünsche ich Dir noch viele Jahre in Gesundheit. Vor allem ist es mir aber ein Bedürfnis, Dir herzlich zu danken für Deine antifaschistische und internationale Aktivität. Wir alle wissen: Wenn es im Kampf gegen den Faschismus und um internationale Solidarität geht, dann ist der Genosse Ströer immer auf unserer Seite – auch wenn das für ihn nicht immer leicht ist.“

Die Runde der Gratulanten beschloss der **Vorsitzende der Gewerkschaftsjugend Jürgen Michlmayr**. Er wies vor allem auf die Jugendarbeit Alfred Ströers und vor allem auf die Maßnahmen in den fünfziger Jahren hin. „Alfred Ströer hat das bis dahin größte Jugendtreffen organisiert, den Österreichischen Bundesjugendring mitgegründet und zahlreiche ÖGJ-Heimstätten gebaut.“ Michlmayr sagte abschließend: „Ich bin ja erst seit ein paar Jahren ÖGJ-Vorsitzender und hatte nicht mehr das Vergnügen, persönlich mit dir, lieber Kollege Ströer, zusammenzuarbeiten. Aber nach allem, was von dir erzählt wird, bist

du auch selbst nie zu dem geworden, was man als „Bonze“ bezeichnen könnte. Auch nach deiner Zeit in der Gewerkschaftsjugend, als Leitender Sekretär, hast du dir immer den Optimismus und die Dynamik der Jugend bewahrt.“ Michlmayr schloss mit den besten Wünschen des Bundes an den Ehrevorsitzenden und seine Frau Maria.

Das Fest, mit musikalischer Begleitung von Matthias Adensamer und Filmsequenzen, wurde moderiert von Katharina Klee und hervorragend vorbereitet vom Organisationsreferat des ÖGB, insbesondere von Romana Steininger. ■

Wir trauern um zwei Genossen

Wir betrauern zwei Mitglieder des Bundesvorstandes, die ursprünglich als Ehrenmitglieder vorgesehen waren. Sie standen schon auf der Wahlliste, dann mussten wir erfahren, dass **Josef Pürschl** zehn Tage vor der Bundeskonferenz, im 61. Lebensjahr, nach längerer, schwerer Krankheit verstorben ist.

Von Jugend an Sozialist, Lokführer, aus einer Eisenbahnerfamilie kommend, war er lange Zeit Mitglied im Gemeinderat von Gänserndorf und dort auch Fraktionsvorsitzender. Nach der vorletzten Gemeinderatswahl wurde er Stadtrat für Soziales und Bürgerservice.

Er war auch Chef des Volkshauses, das ihm in seiner sozialen Einstellung ans Herz gewachsen ist. Er fungierte ebenso als Obmann der Kinderfreunde und eine Zeit lang auch der Naturfreunde. Mit den benachbarten Ländern Slowakei und Tschechien stand er in freundschaftlichem Kontakt. Er führte auch eine Gedenkfahrt nach Lidice und sein Engagement

bei den Freiheitskämpfern war ihm sehr wichtig. Ihnen gehörte er seit Anfang der 1990er Jahre an. Er arbeitete eng mit den Landesvorsitzenden Leo Lesjak und Karl Gruber zusammen. Für sein Engagement wurde ihm im Jahr 2007 die Otto-Bauer-Plakette verliehen. An der Verabschiedung des engagierten Sozialdemokraten nahm eine große Trauergemeinde aus Gänserndorf teil. Der Tod von Josef Pürschl ist nicht nur ein Verlust für die SPÖ, sondern auch für die gesamte Gemeinde.

Gilbert Wasserberger lag während der Bundeskonferenz bereits im Koma und verstarb einen Tag nachher. Dies war besonders tragisch, weil er durch eine Verknüpfung unseliger gesundheitlicher Umstände vor der Zeit verstorben ist. Bei einem Verwandtenbesuch in Australien kämpfte er mit gesundheitlichen Schwierigkeiten, als er zurückkehrte, konnte man ihn im AKH nicht mehr retten. Gilbert Wasserberger stammte aus einer jüdischen Familie, die sich nur mit großer Not ins Ausland

retten konnte. Sein Vater stand im Vichy-Frankreich im Widerstand zum faschistischen Regime, konnte aber nach der Befreiung in das damalige britische Mandatsgebiet Palästina ausreisen. Durch die kriegsrischen Auseinandersetzungen geschockt, kehrte er Ende der 1940er Jahre nach Wien zurück. Mit dabei sein im Jahr 1945 geborener Sohn Gilbert. Ferdinand Wasserberger war seit der Gründung Mitglied der Freiheitskämpfer und später auch Mitglied des Bundesvorstandes.

Sohn Gilbert trat in seine Fußstapfen und kam in das Jugendkontaktkomitee der Freiheitskämpfer mit Herbert Exenberger, Peter Lhotzky und Ruth Lichtenberg. Inzwischen war er auch in den Dienst der Stadt Wien eingetreten und zwar als Buschauffeur.

Tragisches Schicksal: Seine Frau verstarb vor einigen Jahren und sein Haus in Trausdorf im Burgenland war schon etwas verwaist. Deshalb auch seine Freude, mit seinem Bruder in Sydney zusammenzutreffen.

Bei der Trauerfeier nahmen ehemalige Kollegen, Mitglieder der Freiheitskämpfer/innen und die Schwester Ruth und seine Verwandten teil. Ernst Nedwed sprach Worte des Abschieds für den treuen Genossen. ■



Gilbert Wasserberger



Josef Pürschl

Würdigung des Widerstandes am Nationalfeiertag

Jeweils am 26. Oktober findet eine große Präsentation des Bundesheeres im Zusammenhang mit der Angelobung der Präsenzdienste auf dem Wiener Heldenplatz statt. Vorher gibt es offizielle Kranzniederlegungen der Bundesregierung in der Krypta für die gefallenen Soldaten und im Weiheraum für die Opfer des Kampfes für die Freiheit Österreichs.

Erstmalig haben Bundeskanzler Werner Faymann und Bundesminister Norbert Darabos es ermöglicht, dass die Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände im Rahmen dieser Feier ihre Kranzniederlegung vornehmen kann. Bisher konnten die Vertreter des Widerstandes und der Opfer des NS-Regimes ihre Ehrenbezeugung nur unter Ausschluss der Öffentlichkeit abstaten.

Die ca. 25 Teilnehmer starke Delegation fand sich zunächst beim Mahnmal auf dem Morzinplatz ein, von wo aus die Fahrt mit einem Bus des Bundesheeres zum Heldenplatz erfolgte. Dort wurde mit Assistenz einer Ehrenwache des Bundesheeres der Kranz von den drei Vorsitzenden, Ernst Nedwed, Albert

Slabaja und Gerhard Kastelic im Weiheraum niedergelegt.

Bei der anschließenden Feier auf dem Heldenplatz, unter Anwesenheit des Bundespräsidenten, hob Bundeskanzler Werner Faymann den Widerstand gegen das Naziregime und die anwesenden Vertreter der Opferorganisationen mit folgenden Worten hervor: „Viele haben für ihren Widerstand mit dem Tod, viele mit der Internierung in Konzentrationslagern bezahlt. Sie, deren Verwandte von den Nazis ermordet wurden, sollen

wissen: Das heutige Österreich schuldet den Toten und den Überlebenden des österreichischen Widerstandes Dank und Anerkennung.“

Interessant in seiner Rede war auch eine Passage über die Neutralität, die für die Politik der Bundesregierung gerade in der Gegenwart von großer Bedeutung ist: „Es ist ein Fehler am heutigen Tag zu sagen, dass wir die Neutralität nicht mehr brauchen. Österreich bekennt sich voll zur Neutralität. Österreich hat seine Neutralität als Chance gesehen. Als Chance,

über eine glaubwürdige Politik dem kleinen Land im Herzen Europas Respekt und Ansehen in der Staatengemeinschaft zu verschaffen. Als Chance, sich in Konflikten auf die Seite der Menschlichkeit zu stellen. Als Chance dafür, auf der richtigen Seite zu stehen. Wer Österreichs Neutralität infrage stellt, erweist dem Land einen schlechten Dienst.“

Die Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände hat Bundeskanzler Faymann und Bundesminister Darabos den Dank ausgesprochen.



Die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft bei der Kranzniederlegung vor dem Weiheraum

Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe: Werner Burg, Heimo Gruber, Annemarie Hopfgartner, Waltraude Licen, Gerhard Macher, Ernst Nedwed, Gerald Netzl, Günther Radda, Manfred Scheuch, Eva Zeman. **Grafische Gestaltung:** Lukas Linecker. **Lektorat:** Roswitha Singer-Valentin. **Redaktionsschluss dieser Ausgabe:** 21. Dezember 2010. **Nächstes Heft:** März 2011.

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: www.freiheitskaempfer.at **Produktionsleitung:** VWZ Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., Schottenfeldgasse 24, 1070 Wien; Telefon: 524 70 86-0 **Fotos:** Wenn nicht anders vermerkt: Redaktion Freiheitskämpfer **Hersteller:** Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt
Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus. **Zlnr.:** GZ 02Z03355M